

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

110 (14.5.1920)



# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 A Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 8.80 M.; durch die Post bezogen 8.80 M., ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich. Einzelnummer 20 A. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 7-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M. Die 3spaltige 2.00 M. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Europas Krankheit und Heil.

In der „Rivista Politica e Parlamentare“ schreibt der Italiener Luigi Testa (vor dem Kriege italienischer Generalkonsul in Frankfurt) über die unheilvollen Wirkungen des neuen Imperialismus und der Paz- und Machepolitik, von der sich die Sieger gegenüber den Besiegten leiten ließen:

„Diese imperialistische Politik ist es gewesen, die den Völkern die Welt geschnitten hat. Diese Politik ist die Ursache der Verwirrung, die die Welt in den letzten Jahren erregt hat. Diese Politik ist die Ursache der Verwirrung, die die Welt in den letzten Jahren erregt hat. Diese Politik ist die Ursache der Verwirrung, die die Welt in den letzten Jahren erregt hat.“

### Neue Höchstpreise für Milch und Butter.

Das Ministerium des Innern hat mit Wirkung vom 1. Juni an den Erzeugerhöchstpreis für einen Liter Milch auf 1.20 M. und für einen Liter Mager- oder Buttermilch auf 60 Pf. einheitlich für das ganze Land festgesetzt. Ein Anspruch des Kuhhalters auf Vergütung für die Verbringung der Milch nach der Sammelstelle besteht nur bei erheblicher Entfernung des Betriebs von der Sammelstelle. Wird von einer Milchfabrik oder Molkereigenossenschaft besonders behandelte Milch von guter Beschaffenheit abgeliefert in einer Menge von 30 Prozent des Gemeindefolles, so ist ein Zuschlag von 3 Pf. zu gewähren. Für Vorzugsmilch können die Kommunalverbände einen höheren Preis festsetzen. Der Höchstpreis für Butter beträgt für ein Pfund Südrandbutter 12 M., für sonstige Butter 10.50 M., für Butterfett 12.50 M.

### Postzerr für Schleichhändler.

München, 13. Mai. (Priv.-Tel.) Im Interesse der Sicherstellung der Volksernährung hat die bayerische Regierung Anordnungen getroffen, die es den Schleichhändlern, Schiebern und Wucherern unmöglich machen sollen, sich ungehindert an öffentlichen Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen zu bedienen. Die Postbeamten werden dazu verpflichtet, daß die Personen, die es gleichwohl noch versuchen sollten, unter Mißbrauch der staatlichen Einrichtungen ihr verbrecherisches Spiel fortzusetzen, der verdienten Strafe zugeführt und ihre der Öffentlichkeit entzogenen Waren und Vorräte nach zur rechten Zeit beschlagnahmt werden können. Es ist Vorfrage dafür getroffen, daß der Telegraphen- und Fernsprechtelegraph der realen Handels in keiner Weise gestört wird.

### Forderungen der badischen Lehrer.

Karlsruhe, 14. Mai. Am Mittwoch nachmittag hielt der neugegründete Badische Lehrerbund, dem alle Lehrereinigungen angehören, eine Versammlung ab, die sich mit dem (bereits gemeldeten) Austritt aus dem Bad. Beamtenbund befaßte. Der Obmann des Bad. Lehrereins Hauptlehrer Hofmeier, Heibelberg, legte die Gründe dar, die zu dem Austritt geführt haben. Sie sind darin zu suchen, daß der Beamtenbund sich weigerte, die Lehrer in die Gruppe 8 der neuen Besoldungsordnung einzureihen. Der Lehrerbund verlangt, daß die Vorkurslehrer in die Gruppe 8, die besonders vorgebildeten Lehrer (wie Reallehrer, Musiklehrer usw.) in Gruppe 9 und die Philologen in Gruppe 10 der neuen Besoldungsordnung aufgenommen würden. Eine andere Einreihung würden die Lehrer als Vergeltung aufweisen. Die Forderungen wurden in eine Entschließung gefaßt, die einstimmig angenommen wurde. Anschließend daran fand unter freier Leitung eine zweite Versammlung statt, da viele Lehrer im Nonparat keinen Platz mehr hatten finden können. Sie nahmen den gleichen Verlauf und billigte ebenfalls die Entschließung.

### Kommunalisierungsgesetz.

Nach einer politisch-parlamentarischen Rücksicht ist im Reichsrat der Entwurf eines Gesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben eingegangen. Danach sollen die Gemeinden ermächtigt werden, aus Gründen des öffentlichen Wohls, Privatunternehmungen mit Zustimmung der Reichsregierung gegen angemessene Entschädigung in die Gemeinwirtschaft überzuführen. Bei Unternehmungen, die zur öffentlichen Personensorge dienen, zur Versorgung mit Leitungswasser, Gas usw. dienen, sowie bei Theater und Lichtspielen bedarf es der Genehmigung der Reichsregierung nicht.

### Deutsche Gefangene in Rußland.

W.D. Berlin, 14. Mai. In den Schwarzen Meereshäfen befinden sich zurzeit nur noch 100 deutsche Kriegsgefangene, die dort bleiben zu wollen erklärten. In Odessa befinden sich nur etwa 50 Kriegs- und 20 Zivilgefangene. Den deutschen Gefangenen am Schwarzen Meer geht es den Umständen entsprechend recht gut.

### Deutschnationale Zeitungsaufkäufe.

Die Deutschnationalen gehen auch in Bayern auf den Zeitungsaufkauf aus. Nachdem die deutschnationale gerichtete Bayerische Mittelpartei bereits vor mehreren Monaten die fortschrittlichen „Frankfurter Nachrichten“ (Erlangen) aufgekauft haben, haben jetzt die Konterpartien die seit 48 Jahren parteilose „Münchener Stadtzeitung“ erworben und darin sofort eine antisemitische und antidemokratische Hebe eröffnet. Ferner versuchen deutschnationale Kreise, zwei andere franktische Blätter demokratischer Richtung in Besitz zu bekommen.

Daraus ergibt sich für den freiheitlich und fortschrittlich gesinnten Teil des Volkes die Notwendigkeit, die sozialdemokratische Presse zu unterstützen, um den reaktionären Antrieben einen wirkungsvollen Damm entgegenzusetzen.

### Die erste Liste.

Berlin, 13. Mai. Unter den 45 Namen, die auf der neuen Auslieferungsliste der alliierten Mächte stehen, befinden sich vier Hauptkommandanten, die der Torpedierung englischer Hospitalschiffe bzw. italienischer Schiffe beschuldigt werden. General Stenger wegen des Befehls zur Niederwerfung von Gefangenen und Verbundenen und die Offiziere, die bei Ausführung dieses Befehls mitgewirkt haben, Generalfeldmarschall v. Bülow, General v. Below (wobei die Möglichkeit einer Verwundung mit v. Bülow offen gelassen ist), General v. Langemann, Prinz Ernst von Sachsen und eine Anzahl von Offizieren wegen angeblicher Gewalttätigkeiten, der Lagerkommandant in Kruska und der Gouverneur von Kassel wegen angeblicher Verbreitung einer Typhusepidemie, ferner der General v. Oden, früher Gouverneur von Metz, Scholz, Kommandant des Lagers Dohensalza, Dauff, Kommandeur der 2. württembergischen Landwehrdivision wegen angeblicher Gewalttätigkeiten und Mißhandlungen, der Artzt Oskar Michelsahn wegen angeblicher Tötung, Mißhandlung und Verwundung von Gefangenen und Verbundenen. Die Angeklagten sollen vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt werden.

### Zentrumsprelle und Wahlkampf.

Flümmel Wahlpropagandaveruch des „Beobachter“. Zum Wahlkampf bringt der „Badische Beobachter“ einen Leitartikel, der über die Chancen der demnächst in die Arena tretenden politischen Parteien sich äußert. Gut drei Viertel Teile seines geistigen Aufwandes hat dabei der Verfasser der Vernichtung des Sozialismus gewidmet. Der Artikel bläht sich in den alten Gewässern, die von jeher die Mühlen des Zentrums bei den Wahlen treiben mußten. Er bringt es nämlich über sich, ohne Gewissensbisse zu schreiben:

„Das Paradies, das der Sozialismus den Arbeitern auf Grund der Lehren seiner Führer einmal zu Wirklichkeit werden lassen sollte, wenn sie erst die politische Macht an sich gerissen hätten, dieses Paradies hat der Sozialismus nicht hervorzubringen können und wird auch in Zukunft nicht dazu imstande sein. Die inneren Gründe hierfür liegen auf der Hand. Nicht so sehr die Unangut der Verhältnisse, wie es die Mehrheitssozialisten so gern darstellen, nämlich die Macht in die Hände bekommen zu haben in dem Augenblick, wo Deutschland seinen fürchterlichen Zusammenbruch erlitt, trägt die Schuld an der Verhinderung des Sozialismus, sondern der Umstand, daß die fünfjährige Einstellung auf die Opposition und eine grundsätzliche Ablehnung jeder praktischen Mitarbeit an der Gesetzgebung des Staates von vornherein in größerer Anzahl Köpfe schuf, die ausschließlich kritisieren und negieren konnten, aber nur ganz verschwindend wenig solche, die auch die produktiven Gedanken zu aufbauender Mitarbeit in sich trugen.“

So viele Sätze, so viel Unsinn. Der Artikelschreiber muß vor allen Dingen wissen, und er weiß es auch, daß der Sozialismus im heutigen Staat noch kein ausschlaggebender Machtfaktor geworden ist und er insofern für das, was heute ist, gar nicht verantwortlich gemacht werden kann. Der Artikel weiß ferner, daß die Koalition der Träger der Verantwortlichkeit ist, an der das Zentrum entsprechend seinem Machtbereich ebenso beteiligt ist, wie die Sozialdemokratie. Auch weiß er, daß die Sozialdemokratie im Parlament wohl die stärkste Partei ist, der aber eine bürgerliche Majorität gegenübersteht, die dementsprechend in der Regierung Sitz, Stimme und Einfluß hat. Die Rücksichtlichkeit des Vorwurfs, daß der Sozialismus nach einem solchen fürchterlichen Zusammenbruch in knapp 1 1/2 Jahren das „Paradies“ nicht hat hervorzubringen können, wird nur übertroffen durch die Ungeniertheit, mit der das Zentrum eben diesen Vorwurf zu Wahlzwecken heraufstapelt. Haben vielleicht die Zentrumsfinanzminister in Baden und im Reich bis jetzt unsere Finanzen in Ordnung bringen können? Kein denkender Politiker wird ihnen zum Vorwurf machen, wenn ihnen solches bis dato nicht gelungen ist und auch so schnell nicht gelingen wird. Wenn das Zentrum mit der Koalition bei den Wahlen in dieser Weise schindluder treibt, so wird man mit ihm in anderer Weise zu exerzieren haben als bisher. Das Zentrum mag seine Gerissenheit bei diesen Wahlen mobil machen, von der Mitverantwortung wird es sich nicht drücken können. Dafür wird gesorgt werden.

Auf dem gleichen Holz ist der Vorwurf gegen die Sozialdemokratie wegen ihrer angeblich „grundsätzlichen Ablehnung jeder praktischen Mitarbeit“ gewachsen. Das Gegenteil trifft zu. Die sozialdemokratische Politik hat sich vielmehr von jeher zur praktischen Mitarbeit geradezu herangedrängt. Der Artikelschreiber schämt die Intelligenz seiner Leser wahrlich nicht hoch ein, wenn er in den ersten beiden zitierten Sätzen die Sozialdemokratie erst in den ausschlaggebenden Besitz der politischen Macht kommen läßt und im dritten Satz ihr dann die grundsätzliche Ablehnung jeder praktischen Mitarbeit an den Gesetzen des Staates, die Lust „ausschließlich zu kritisieren und zu negieren“, andichtet. Wir wären also nach dieser Logik grundsätzlich nirgends dabei, um dann schließlich doch grundsätzlich überall dabei zu sein und ebenso grundsätzlich für alles verantwortlich zu sein.

So spekuliert das Zentrum auch bei dieser Wahl wiederum auf die Unkenntnis breiter Wählerkreise. Aber es soll sich dieses Mal verhalten.

Im übrigen eine Frage an den „Beobachter“: Wenn die Sozialdemokratie in Wahrheit jede politische und politische Mitarbeit abgelehnt hätte, wie könnte es denn das Zentrum vor seinen Wählern und vor dem deutschen Volke verantworten, mit der Sozialdemokratie zusammen die Verantwortung für die Geschichte Deutschlands zu übernehmen? Wenn wir vom Zentrum die Ueberzeugung hätten oder gehabt hätten, daß es jede praktische Mitarbeit ablehnt, hätten wir mit ihm die Koalition nicht eingegangen. So haben wir das Zusammengehen mit den Unabhängigen davon abhängig gemacht, daß sie praktisch mitarbeiten und Verantwortung mit übernehmen. Was der „Beobachter“ also in seinem Artikel gegen uns Sozialdemokraten sagt, ist nicht nur unwahr, sondern viel schlimmer: es ist dum. So, wie es in dem erwähnten Artikel des „Beobachter“ geschrieben ist, sollten Leute, die Anspruch auf politische und journalistische Begabung erheben, nicht operieren. Der „Beobachter“ hat doch hoffentlich nicht das Bedürfnis, auf das geistige Niveau seiner Schwarzwälder Dorfblättchen herabzusinken. Oder doch? Dann müßte er allerdings so weiter verfahren. Aber dann soll er einen Kampf erleben, vor dem ihm sehr bald grauen dürfte.

### Vorbereitung für Spaa.

W.D. Paris, 14. Mai. Nach einer Meldung der Agence Havas verläuft, daß die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand am Ende dieser Woche in Sythe bei Postfontaine stattfinden werde. Im Laufe der nächsten Woche werden dann die engeren Besprechungen zwischen Lloyd George und dem belgischen Minister des Aeußeren sowie dem englischen Wirtschaftsminister stattfinden. Danach dürfte man mit Sicherheit erfahren, ob die Konferenz von Spaa verschoben wird oder nicht.

### Die Entschädigungssumme.

Berlin, 12. Mai. (Privattelegramm.) Zu der von verschiedenen Seiten verbreiteten Nachricht, daß die Reichsregierung durch Geheimrat Goppert in Paris eine Note überreichen ließ, in der Deutschland sich zur Zahlung von 20 Milliarden den März bereit erklärt hätte und in der gleichzeitig die Bitte ausgesprochen worden sei, daß unser Unterlagenmaterial zu diesem Angebot bei der Konferenz in Spaa vorgelegen ist, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Es trifft zu, daß in Paris eine Note überreicht worden ist, die sich mit diesem Thema beschäftigt. Eine genaue Summe ist jedoch in dieser Note nicht genannt worden. Es wurde vielmehr lediglich die Bitte ausgesprochen, das Unterlagenmaterial über die Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands mit den übrigen in Spaa zur Verhandlung kommenden Punkten behandeln zu können.

### Kabinettskrise in Italien.

Rom, 12. Mai. In der gestrigen Kammer Sitzung verlangten die Sozialisten die Besprechung des Vorgehens der Regierung gegen die Führer der streikenden Post- und Telegraphenanstalten. Ministerpräsident Nitti widersetzte sich dem und erklärte, daß er die Vertrauensfrage stellen werde. Da die Katholische Volkspartei sich das Verlangen der Sozialisten zu eigen gemacht hatte, wurde das sozialistische Verlangen mit 193 gegen 112 Stimmen angenommen. Der Präsident teilte mit, daß der Ministerpräsident zu Beginn der Mittwochsitzung die Demission des Kabinetts einbringen werde.

### Vom polnisch-russischen Krieg.

W.D. Warschau, 14. Mai. Die Streitkräfte der Bolschewisten haben, verstärkt durch Truppen aus dem Norden und Süden, den Dnjester übergriffen und die polnischen Stellen, die den Zugang nach Kiew schützen, angegriffen. Die Polen hielten ihre Stellungen und nahmen zwei feindliche Bataillone gefangen. Feindliche Flugzeuge haben Kiew mit Bomben belegt.

Berlin, 12. Mai. (Privattele.) Wie aus einem gestern von Moskau abgegebenen Funkpruch der russischen Sowjetregierung laut einer Breslauer Meldung hervorgeht, scheint die Lage an der polnisch-bolschewistischen Front sich für diese doch recht schwierig zu gestalten. In einer Sitzung der Volkskommissare ist mitgeteilt worden, daß auch die Reihen der mobilen Arbeiter- und Bauernbataillone nach dem Westen geworfen worden sind. Ein großer Teil des in Sibirien stehenden Heeres ist ebenfalls an die Westfront gebracht worden.

### Ende des polnischen Generalstreiks.

W.D. Beuthen, 14. Mai. Der polnische Generalstreik ist beendet.

### Ein Franzose beim Silber schmuggel gefaßt.

W.D. Berlin, 13. Mai. Den Berliner Blättern zufolge sind bei einem von Stettin nach Frankreich abgehenden Viehtransport Silberbarren im Gesamtgewicht von 400 Kilo und im Werte von 800 000 M. beschlagnahmt worden. Das Silber stammt aus Deutschland und ist von einem Franzosen, der sich in dienstlichen Auftrage zu Viehtransporten nach Frankreich hier aufhielt, aufgekauft worden. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Lightspiele  
20.  
arder  
zisko  
f Akten.  
grün.  
ter  
Akten.  
lung  
r. 8540  
ucht.  
Colo-  
Benzin-  
maschinen  
ig, zu haben  
927  
Nr. 2067  
haus  
1 Treppe.  
150.00  
195.00  
550.00  
130.- an  
42.- an  
35.- an  
er.  
spesen.  
ichtung  
chinen, Tomaten,  
zu verkaufen.  
4526  
r. 3. Stod.  
ater  
Hauptstr.  
57  
Tel. 180.  
n.  
gri  
se  
4 Akte.  
ss  
tten,  
Verdruss  
itten.  
nen  
ird froh,  
n!  
3554  
heils  
Akto.  
9-11 Uhr



Politische Uebersicht. Bettelvolk und königlicher Reichtum.

Der Weltkrieg hat die deutsche Nation zu einem Volk von Bettlern gemacht. Und in all das Herzeleid des Volkes poßtern jetzt brutal und prächtig die geschwollenen Entschädigungsansprüche deutscher Fürsten, so auch des Hauses Wittelsbach hinein. Sie waren Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen im badischen Landtag. Hier legt Genosse Eißheim in ruhiger, sachlicher Weise dar, wie notwendig es sei, Klarheit über die Ansprüche des früheren Königs und der mit ihm verbundenen 33 Prinzen und Prinzessinnen zu erlangen. Er stellt bestimmte formulierte Fragen: Ob es den Tatsachen entspricht, daß der König 600 000 M. jährliche Rente, die fünf Arcadäuser, Residenzen in Oberbayern, Schwaben und Franken, Wälder im Werte von circa 40 Millionen und außerdem großen Grundbesitz, die Schatz-, Silber- und Leinwand-Kammer, Lindenhof, Verrennstempel, Reuschwanstein, Hohenschwangau, die Gasteiganlagen in München, die Maxburg in der Pfalz und schließlich auch noch Erbschaft der zu bezahlenden Steuern verlor. Auf diese Fragen erteilte der Regierungsvertreter Dr. Krausnick in der Hauptsache eine unklare Antwort. Man dürfe nicht in die schwebenden Verhandlungen eingreifen. Der große Revolutionär, der Weltkrieg, forderte von uns allen große Opfer. Den Wittelsbachern kann das nicht schwer fallen. Eine große wirtschaftliche und politische Revolution hat ihnen zum Teil ihren Reichtum in die Hände gespielt, eine größere fordert heute ihren Tribut. Im Landtag erteilte sofort bei der Worterteilung an Süßheim aus den Reihen der bayerischen Volkspartei der Aufschrei wieder ein Jubel. Die Sozialdemokratie will den Wittelsbachern geben, was ihnen gebührt, aber auch nicht einen Deut mehr und auf keinen Fall mehr als die ungeschorene Not des Volkes erlaubt. Ein Volk von Bettlern kann keine goldenen Reichtümer mehr an „Könige“ ausstellen.

Woher kommen die Milliarden der Schwerindustrie?

Stinnes, der neue deutsche Zeitungsherrscher. Der durch den Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ weitergetriebene Versuch des Kapitalmagnaten Hugo Stinnes, einen riesigen Zeitungskonzern im Solde der Schwerindustrie zu gründen, legt die Frage nach dem Ursprung der Milliarden nahe, mit denen Herr Stinnes Zeitungen, Industriewerke, Wälder, Rittergüter und Bergwerke in beliebiger Zahl aufkauft. Ein besonders interessantes Kapitel bei der Entstehung des Stinneschen Riesenvermögens ist sein Anteil an der Liquidation im besetzten Belgien. Ursprünglich als Vergeltungsmaßnahme gegen den Wirtschaftskrieg gedacht, entwickelte diese sich mehr und mehr und bald ausschließlich zu einer Maßnahme, die über das deutsche Großkapital einen Milliardenreichtum ausgießen sollte. Zur Ausnutzung der Konjunktur bildeten sich drei Offener Gesellschaften. Alle drei waren eine Schöpfung des rheinisch-westfälischen Großkapitals. Stinnes war der geistige Leiter der Unternehmungen. Die drei Offener Gesellschaften verstanden nach ursprünglichen Widerständen die Regierung zu bewegen, daß ihnen zwar nicht förmlich, aber tatsächlich ein Monopol bei dem Ankauf der zu liquidierenden belgischen Unternehmungen eingeräumt wurde, nämlich eine Art Vorkaufrecht. Außer auf Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Schiffswerften usw. hatte es Herr Stinnes hauptsächlich auf die Kohlenfelder der Campine, ein Milliardenobjekt, abgesehen. Natürlich hingen alle diese Erwerbungen aufs engste mit den belgischen Auktionen zusammen. Für die von ihm übernommenen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zahlte der Stinnes-Konzern den äußerst niedrigen Preis von 28 Millionen Mark. Der frühere Zwangsverwalter hatte den Wert auf 48 Millionen angegeben, also fast das Doppelte. Der niedrige Preis wurde begründet durch das angeblich hohe Risiko. Tatsächlich bestand aber gar kein Risiko, denn der Kaufpreis war laut Vertrag zu zahlen durch Hinterlegung eines Solawechsels bei der Seehandlung in Berlin, fällig sechs Monate nach Friedensschluß. Es war also von vornherein vorgegeben, daß der Gegenwert für die Übernahme nicht vor der Entscheidung der Waffen in die Hände der belgischen Vorbesitzer kam. Zusammenfassend kann also gesagt werden: die Offener Gesellschaften des Herrn Stinnes haben wertvolle Objekte im besetzten Gebiet und wertvolle wirtschaftliche Vorteile zu unverhältnismäßig günstigen Bedingungen ohne ein beträchtliches Ri-

siko erworben. Wenn der Verlust des Krieges verhindern, daß dieser Millionenreichtum der Schwerindustrie reiflos eingebracht werden konnte, wenn auch während der Besetzungsperiode enorm verdient wurde.

Kardoff, Wiemer, Strejmann — der große Wahlschwundel.

Auf dem politischen Baubau der Deutschen Volkspartei hat Herr Dr. Strejmann in Berlin seine beiden Neuerwerbungen vorgeführt, Herrn Dr. Wiemer, der für einen ehemaligen Demokraten ausgegeben wird, und Herrn von Kardoff, früheren Mandatsträger der deutschnationalen Volkspartei, dem man keine Gerechtigkeit antun kann, wenn man seinen Fall mit dem Fall Wiemer gleichstellt. Herr von Kardoff hat sich von den Deutschnationalen getrennt, weil ihm die Richtung Westarp nicht paßt: sie ist ihm zu unbedingtem reaktionär und zu ausgeprochen antisemitisch. Aber Herr von Kardoff, der als anständiger Mensch nicht geruht hätte, sich nicht zu schämen, schimpft auch auf „Egon und Engelbert“.

In diesem Milieu sprach Dr. Wiemer. Zu den Leuten, die als einziges Ziel ihres politischen Wirkens die Wiederaufrichtung der schwarz-weiß-roten Fahne und als Hauptinhalt ihrer Ueberzeugung den nationalen Gedanken bezeichnen, mußte die höchste Würdigung aller Parlamente der Welt nichts Geringeres zu sagen, als dies: daß er sich als Egon und Engelbert nicht fühle und daß er aus der demokratischen Partei ausgeschieden sei, weil er glaube, daß Egon Nichters hochfahiger Geist die Parole zum Generalfreik nicht billige.

Die Erklärung für diese Veranlassung gab natürlich der aufglatzte Strejmann. Die Volksparteier sind angeblich Demokraten, aber sie wollen das Parlament des gleichen Wahlrechts, das sie nicht vernichten können, lahm legen durch eine Kammer der Arbeit, die nicht gewählt, sondern ernannt sein soll, um die wirtschaftliche Erfahrung zu repräsentieren. Hier zeigt sich mit einem Schlage, wie leicht und geschickt die Reaktion sich auch unmittelbar die Käseparole zunutze machen kann.

Als Ziel des Wahlkampfes bezeichnete Strejmann, daß die Sozialdemokratie ihre beherrschende Stellung verlieren müsse. Weber er noch die anderen Nebener hielten sich lange bei den Unabhängigen oder Kommunisten auf — die haben sie praktisch nicht zu fürchten. Worauf es ihnen vielmehr politisch ankommt, ist eine Niederlage derjenigen Sozialdemokratie, die regieren kann und gewillt ist, Verantwortungen zu übernehmen. Der Kampf gegen sie ist die Aufgabe, welche die Schwerindustrie der deutschen Volkspartei gestellt hat. Denn auch Strejmann vermochte nicht zu leugnen, daß die ungeheuren Kriegsgewinne der Schwerindustrie aus den Kreisen der Arbeitergewinnler und Schwerindustriellen kommen. Die Schwerindustrie wünscht eine möglichst große Wahlüberlage der Sozialdemokratie. Sie läßt sich dieses Ziel viel Geld kosten, denn sie weiß, daß Wahlergebnisse und Mandatszahlen reale Macht faktoren von erheblicher Bedeutung sind. Diese Großindustrie ist der Todfeind aller Arbeitnehmer, ist die Verkörperung der Macht des toten Kapitals. Wenn die Industrie ihre Millionen dafür hergibt, daß die Sozialdemokratie geschlagen wird, so muß die Arbeiterklasse alle Kraft daran setzen, daß sie siegt. Der Wahlschwundel der deutschen Volkspartei mit ihren neuen „Nationalen Bürgerblock“ muß das beste Wahlpropagandamittel für die S.P.D. für die praktische und zielbewusste Arbeit der Sozialdemokratie werden.

Badische Politik.

Die Ernährungsfrage in Baden.

Der parlamentarische Ernährungsbeirat hat sich, wie gemeldet worden war, in seiner jüngst abgehaltenen Sitzung neben den Fragen der Brot- und Bierpreisregulierung auch mit der gesamten Ernährungsfrage befaßt. Darüber wird jetzt bekannt, daß Kartoffeln aus Polen, Holland und Italien erwartet werden und daß der Preis nach der Verbilligung durch das Reich auf 20 M. für den Zentner zu stehen kommt. Von landwirtschaftlicher Seite wurde es als unverständlich bezeichnet, daß die zuständige Reichsbehörde noch immer an dem Kartoffelhöchstpreis von 12,50 M. für den Zentner festhält. Außer Reis, der vom Reich geliefert wird, erwartet Baden die Einfuhr von Reiswaren aus der Schweiz. Die Mehlerzeugung kann nur durch Sicherungskäufe aufrecht erhalten werden, die mit dem Ausland abgeschlossen sind. Sehr schlecht sind die Zucker aussichten. In der Sitzung wurde angestrichelt, daß vom 1. Juli an die Kopfmenge für die Verbraucher herabgesetzt werden muß, jedoch also die Einschränkung gerade in die Einkochzeit fällt. Kunstkonig sei in ziemlichem Umfang vorhanden, aber er sei außerordentlich teuer. Was die Eierabgabe im Lande anbetrifft, so sind bis 1. April 1920 nur ein Fünftel des Solls der Krankener geliefert worden. Die Zahlen, die über den Rindviehbestand des Landes gegeben wurden, waren erfreulich. Zufolge der Kauf- und Klauensuche trat eine Erholung in der Viehablieferung ein.

Zur Sozialisierung der Karlsruher Majolika-Manufaktur nahm der Verfassungsausschuß des Landtags am Mittwoch nachmittags nochmals Stellung. Der Berichterstatter Dr. Krauß (Soz.) zog aus dem vorliegenden schriftlichen Bericht die entsprechenden Schlussfolgerungen, worauf eine mehrstündige Debatte eintrug, an der sich die Vertreter der Parteien und der Regierung beteiligten. Es lagen schließlich zwei Anträge vor, gestellt vom Gen. Karum einerseits, Gotthein (Dem.) andererseits. Der Antrag Karum lautet:

Der Landtag beschließt, daß die Karlsruher Majolika-Manufaktur durch den Staat in privatrechtlicher Form unter Selbstverwaltung der Angestellten und Arbeiter fortzuführen ist.

Für ihn stimmten nur die 6 anwesenden Sozialdemokraten. Annahme mit 11 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen fand dann der Antrag Gotthein, welcher besagt: Der Landtag beschließt, daß die Karlsruher Majolika-Manufaktur in der Form der Reichsmanufaktur wie eine G. m. b. H. mit überwiegend beteiligter badischer erprobter Kunstgewerblicher Firmen weiter betrieben, und daß bei der Verpachtung die künstlerische Höhe der Produktion und die soziale Lage der Angestellten und Arbeiter gesichert werde.

Krankenhilfe an Eisenbahnarbeitern.

Auf die von der sozialdemokratischen Fraktion des badischen Landtags gegebene Anregung auf Gewährung von Beihilfen für Eisenbahnarbeiter bei Erkrankungen, bestimmt nunmehr der neue Lohnvertrag: 1. Die Eisenbahnverwaltung zahlt den Arbeitern mit einer ununterbrochenen Beschäftigung von mindestens 6 Monaten bei Erkrankung, die länger als 3 Tage dauert, vom 4. Tag an den Unterschied zwischen dem Krankengeld und 60 v. H. des gewöhnlichen Taglohnes und zwar: im 1. Dienstjahr bis zu 8 Wochen, im 2. und 3. Dienstjahr bis zu 6 Wochen, im 4. und 5. Dienstjahr bis zu 4 Wochen, vom 6. Dienstjahr an bis zu 2 Wochen.

2. Das Krankengeld wird stets in voller Höhe angesetzt: a. Ledige Arbeiter erhalten bei Krankenhausbehandlung 1/4 ihres Lohnes weiter bezahlet, ein neben der Krankenhausverpflegung gewährtes Taschengeld ist hierauf anzurechnen.

Gemeindepolitik.

Bei der Bürgermeisterwahl in Ludwigsbafen in der Pfalz legte der bürgerliche Demokrat Dr. Reich über den Sozialdemokraten früheren Ministerpräsidenten Hoffmann mit einer Mehrheit von rund 4000 Stimmen. Die Unabhängigen hatten Wahlenthaltung beschlossen. Hätten sich die Unabhängigen an der Wahl beteiligt, hätten die Sozialdemokraten die Mehrheit gehabt. Aber die Unabhängigen wollten lieber den bürgerlichen Kandidaten gewählt sehen als den mehrheitssozialistischen. Denn darauf lief ja ihre Stimmabgabe hinaus. — Das ist ein Fall von taufend. In jedem Gemeinderat, in jeder Stadtratsversammlung, in jedem Parlament wiederholt sich das gleiche: aus Haß gegen die Sozialdemokraten enthalten sich die Unabhängigen der Stimme oder stimmen gar mit den Deutschnationalen zusammen. Der Gedanke der parlamentarischen Einigung ist von keiner Partei so leichtfertig mit Füßen getreten worden wie von der U. S. P.

Heidelberg, 10. Mai. Der Stadtrat hat die Einführung einer Fremdensteuer beschlossen. Sie soll von den Fremden erhoben werden, die in Räumen übernachten, in denen das Bekleidungs- und Fremden gewerksmäßig betrieben wird, soweit die Dauer des Aufenthalts der Fremden drei Monate nicht übersteigt. Die Steuer beträgt 10 v. H. der Gebühr für die Benutzung des Zimmers.

Aus der Partei.

Erhöhung der Parteibeiträge im Bezirk Hessen-Kassau. Auf dem Bezirksparteitag für Hessen-Kassau wurde mit 38 gegen 14 Stimmen die Beitragserhöhung um 40 % für Männer und 25 % für Frauen pro Woche beschlossen. Ferner wird einem Antrag der Frankfurter Genossen zugestimmt, daß örtliche Vereine mit eigenem Sekretariat nur 50 Proz. der Beiträge an den Bezirksvorstand abzuführen haben.

Neuregelung der Parteibeiträge in Württemberg. Die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie hat beschlossen, die Beitragsleistung wird folgendes zu gestalten: Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 40 %, für weibliche Mitglieder 20 %. Für das Mitgliedsbuch ist 1 M. zu entrichten. Diese Sätze können durch Ortsvereinsbeschlüsse erhöht werden. Von den Beiträgen für männliche Mitglieder sind 30 %, von den Beiträgen für weibliche Mitglieder 15 %, für das Mitgliedsbuch 50 % an die Landesstelle abzuführen. Diese Bestimmung tritt am 1. Juli in Kraft.

Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjeff.

„Ja, ja, ich kenne Sie, Basaroff,“ wiederholte sie. (Nach einer vielen Frauen in der Provinz und sogar manchen Moskauer Damen eigenen Gewohnheit redete sie die Männer, mit denen sie bekannt wurde, gleich am ersten Tage mit ihren Familiennamen an.) „Wollen Sie eine Zigarre?“ „Eine Zigarre, immerhin,“ erwiderte Sitnikoff, der sich bereit in einen Sessel geworfen und die Beine übereinander geschlagen hatte. „Aber geben Sie uns auch ein Frühlüd. Wir haben entsetzlichen Hunger; lassen Sie uns zugleich eine Flasche Champagner aufstischen.“ „Suharit!“ sagte Eudoria und begann zu lachen. (Wenn sie lachte, wurde das obere Zahnfleisch bei ihr sichtbar.) „Gabe ich nicht recht, Basaroff, daß er ein Suharit ist?“ „Ich liebe den Komfort,“ erwiderte Sitnikoff mit wichtiger Miene. „Aber das hindert mich nicht, liberal zu sein.“ „Doch, doch, das hindert Sie sehr daran,“ rief Eudoria, befahl jedoch dem Stubennädchen, ein Frühlüd zu besorgen und Champagner zu bringen. „Was halten Sie davon?“ setzte sie hinzu, sich an Basaroff wendend. „Ich bin überzeugt, Sie teilen meine Ansicht.“ „Nein, keineswegs,“ erwiderte Basaroff. „Ein Stück Fleisch ist besser als ein Stück Brot, selbst vom chemischen Standpunkte.“ „Ah, Sie beschäftigen sich mit Chemie? Die ist meine Passion! Ich habe sogar einen Ritt erfunden.“ „Einen Ritt? Sie?“ „Ja ich. Und soll ich Ihnen sagen, zu welchem Zweck? Um Ruppen zu machen, damit die Ruppenköpfe nicht zerbrechen. O ich bin eine sehr praktische Frau. Aber ich bin mit der Sache noch nicht ganz im reinen. Ich muß mich erst noch mit Siebig besprechen. Apropos, haben Sie in den „Moskauer Nachrichten“ Kislatoffs Artikel über die Frauenarbeit gelesen? Bitte, lesen Sie ihn. Sie interessieren sich doch für die Frauenfrage? Und für die Schulen doch ebenfalls? Womit beschäftigt sich Ihr Freund? Wie heißt er?“

Frau Kufschin tat alle diese Fragen rasch nacheinander mit gezierter Nachlässigkeit, ohne auf Antwort zu warten. Verzogene Kinder sprechen so mit ihren Wärterinnen.

„Ich heiße Arkadi Nikolaitch Kirjanoff und beschäftige mich mit nichts,“ antwortete Arkadi.

Eudoria begann zu lachen.

„Das ist reizend! Wie, Sie rauchen nicht? Viktor, wissen Sie auch, daß ich böse auf Sie bin?“

„Warum?“

„Man hat mir gesagt, Sie hätten wieder angefangen, für George Sand zu schwärmen. Das ist eine hinter ihrer Zeit zurückgeliebene Frau und weiter nichts! Wie kann man sie nur mit Emerson vergleichen! Sie hat gar keine Vorstellung weder von der Erziehung noch von der Physiologie — von nichts. Ich bin überzeugt, sie hat nicht einmal von Embryologie gehört — und wie kann man diese Wissenschaft heutzutage entbehren?“ (Hier breitete Eudoria sogar die Arme aus.) „Ach, welch wundervolle Artikel hat Clifffentwich über diesen Gegenstand geschrieben! Das ist ein genialer Herr!“ (Eudoria sagte stets „Herr“ statt „Mann.“) „Basaroff, setzen Sie sich neben mich aufs Sofa. Sie wissen vielleicht nicht, daß ich eine schreckliche Angst vor Ihnen habe.“

„Warum denn? Da bin ich in der Tat neugierig.“

„Sie sind ein gefährlicher Herr; Sie kritisieren alles mit solcher Schärfe! Ach du lieber Gott, ich mache mich lächerlich, ich spreche wie ein Gänsechen vom Lande. Uebrigens bin ich ja auch wirklich eine Landpomeranze. Ich verwalte mein Gut selbst, und denke Sie sich, welch ein wunderbarer Typus mein Starosta ist — ganz wie Coopers Pfadfinder: er hat etwas so Ursprüngliches an sich! Ich habe mich hier für immer niedergelassen. Es ist eine un-erträgliche Stadt, nicht wahr? Aber was soll man machen?“

„Es ist eine Stadt wie jede andere,“ bemerkte Basaroff kalt.

„Man interessiert sich hier nur für niedrige Dinge, das ist entsetzlich! Früher wohnte ich des Winters in Moskau. . . . Aber jetzt hat sich Herr Kufschin, mein Legitimer, dort niedergelassen. Uebrigens ist auch jetzt Moskau — ich weiß

nicht wie . . . alles hat sich dort geändert. Ich habe vor, mich ins Ausland zu begeben; im vorigen Jahr war ich sogar schon im Begriff abzureisen.“

„Doch jedenfalls nach Paris?“ fragte Basaroff.

„Nach Paris und nach Heidelberg.“

„Warum nach Heidelberg?“

„Ich bitte Sie, da lebt ja Bunsen!“

„Hierauf fand Basaroff nichts zu antworten.“

„Pierre Saposchnitoff — kennen Sie den?“

„Nein.“

„Du lieber Gott, Pierre Saposchnitoff — er ist ja stets bei Lydia Chostakoff!“

„Auch die kenne ich nicht.“

„Nun, er hat mir seine Begleitung angeboten. Ich bin Gott sei Dank frei, ich habe keine Kinder. . . . Was hab ich da gesagt: „Gott sei Dank!“ Uebrigens, was hat das zu bedeuten?“

Eudoria drehte eine Zigarette zwischen den vom Tabak gelb gewordenen Fingern, stierte sie über die Zungenspitze, sog ein wenig daran und begann zu rauchen.

Das Dienstmädchen erschien mit dem Teebrett.

„Ah, da ist das Frühlüd! Wollen Sie auch was essen? Viktor, entfordern Sie die Flasche. Das ist Ihr Amt.“

„Mein Amt, mein Amt,“ murmelte Sitnikoff und ließ wieder sein dünnes schrilles Lächeln hören.

„Gibt es hier hübsche Frauen?“ fragte Basaroff, als er sein drittes Glas leerte.

„O ja,“ verjette Eudoria. „Aber sie sind alle so unbedeutend! Da ist zum Beispiel meine Freundin Odinsoff — die ist nicht übel. Nur schade, daß ihr Ruf — so so . . . Uebrigens hätte das nichts zu bedeuten; aber von einer freien sinnigen Anschauung, von einem weiten Blick — von alledem finden Sie bei ihr keine Spur. Uner ganzes Erziehungs-system muß geändert werden. Ich habe schon darüber nachgedacht; unsere Frauen sind überhaupt sehr schlecht erzogen.“

(Fortsetzung folgt.)



# Die Frauen und die Wahlen.

Solange es eine Sozialdemokratie gibt, solange gibt es eine Forderung nach der Wahlberechtigung der Frau und einen Kampf um deren Durchsetzung. Dieser Kampf wurde einzig und allein geführt von der Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Parteien sträubten sich beharrlich, die Gleichberechtigung der Frau anzuerkennen. Nach der Barone „die Frau gehört ins Haus“ verweigerte man ihr das Recht, einen Einfluß auf die Geschicke des Landes auszuüben. Es ist noch gar nicht so lange her, daß der Frau das Recht zuerkannt wurde, sich politisch zu organisieren. Diese Ungerechtigkeit gegenüber dem weiblichen Geschlecht erklärt sich aus der Verfassung des Bürgerrechts und seiner Stellung zur Frau.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat die Frau vielfach ihrem eigentlichen Beruf entzogen. Je mehr die Industrie fortschritt, je weniger blieb die Frau die Bewahrerin ihres Hauses und die Erzieherin ihrer Kinder. Die Not zwang sie dazu, das Haus mit der Straße zu vertauschen. Sie mußte gemeinsam mit dem Mann die Kosten für den Lebensunterhalt herbeschaffen, mußte ihre Arbeitskraft dem Kapitalismus verkaufen. Der Krieg hat uns gezeigt, daß die Frau ein ebenso wichtiger Bestandteil des Volkes ist, wie der Mann und daß ihre Arbeit im kapitalistischen System ebenso notwendig ist, wie die Männerarbeit.

Ist es aus diesem Grunde schon eine Ungerechtigkeit, die Frau politisch auszuschalten, so ist es das noch in weit höherem Maße im Hinblick darauf, daß die veränderte gesellschaftliche Stellung der Frau eine umfangreiche öffentliche Fürsorge für ihr Leben und ihre Gesundheit notwendig gemacht hat. Vor der Revolution wurden Fragen, die in das Leben der Frau entscheidend eingriffen, entschieden, ohne daß auch nur eine Frau darüber gehört wurde, geschweige denn betand und mitbestimmend an ihrer Lösung mitgewirkt hätte. Aber auch ohne diese Entwicklung ist die Ausschaltung der Frau aus dem

politischen Leben, ihre Rechtslosigkeit ein Zustand, der eines Kulturvolkes höchst unwürdig ist.

Wir Sozialdemokraten haben von jeher die Gleichheit aller dessen verlangt, was Menschenanliege trägt. In Konsequenz dieser Forderung haben unsere Vertreter in den Parlamenten seit Jahrzehnten die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Frauen gefordert, leider vergebens. Es war daher eine wahrhaft revolutionäre Tat, als die Volksbeauftragten in den ersten Tagen der Revolution das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts verfügten. Diese Ergründung der Frau in die Politik ist auch in die Verfassung hineingetragen worden. Der Einfluß, den die Frauen in der deutschen Nationalversammlung ausgeübt haben, hat sich in erfreulicher Weise überall da geltend gemacht, wo über Frauen-Fragen zu entscheiden war. Wenn auch noch vieles zu tun übrig bleibt, so sind für die Frauen immerhin beachtenswerte Erfolge erzielt worden, die sich auch in Schul- und Erziehungsfragen durchgesetzt haben, dank der Mitwirkung der Frauen an der Verfassung und den Gesetzen.

Die Frauen haben es bei den kommenden Wahlen in der Hand, diese ihr durch die Revolution geschaffene Position nicht nur zu halten, sondern auszubauen. Unsere Frauen haben das größte Interesse an einer parlamentarischen Vertretung und daher die Verpflichtung, vollzählig an der Wahlurne zu erscheinen und ihre Stimme jener Partei zu geben, die seit dem ersten Tage ihres Bestehens für das Frauenwahlrecht eingetreten ist: der Sozialdemokratie. Jede Frau, die anders handelt, gibt ein Stück ihrer jungen Macht aus der Hand und setzt ihr ganzes Geschlecht der Gefahr aus, zum letztenmal über ihr und ihres Volkes Schicksal mitbestimmt zu haben.

## Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 12. Mai.

37. Öffentliche Sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.50 Uhr.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Belscher (Ztr.) bezüglich Brennerereien teilt Finanzminister Köhler mit, daß vom Reich aus die Errichtung neuer Brennerereien künftig sehr erschwert wird, weshalb gegen die rasch noch beschaffigten Antragsverfahren Bedenken vorliegen.

**Fortsetzung der Landwirtschaftsdebatte.**

Abg. Karl (D.N.) weist auf die verteuerten Wirkungen der hohen Dienstbotenlöhne hin. Gegenüber der Sozialisierung ist zu sagen, daß die Privatindustrie billiger produziert als der Staat. Ihre Königin, die Großherzogin Luise hat die Wichtigkeit der Förderung des Gartenbaues längst erkannt. Abg. Bierneisel (Ztr.): Durch eine verkürzte Arbeitszeit erhöhte Löhne in der Landwirtschaft entsteht die Frage, ob die Landwirtschaft im Konkurrenzkampf mit dem Ausland bestehen kann.

Abg. Strobel (Soz.):

Man hätte für die Notwendigkeiten der Zwangswirtschaft mehr Verständnis haben sollen, als es gestern der Fall war. Die Rationierung war und ist notwendig, um den Armen die Lebensmittel zu sichern. Die Schleichhändler und Schieber bekommen Waren soviel sie wollen; nur die Armen erhalten nichts, weil sich die Erzeuger nicht in die Ordnung fügen wollen. Um unser Volk wenigstens einigermaßen über den Rand zu halten, müssen die Erzeuger hierfür Verständnis haben. Würden die Erzeuger sich dem Gesetze fügen, dann wären die Auswüchse schnell beseitigt. Bei der stetigen Steigerung der Preise müssen auch die Arbeiterlöhne entsprechend erhöht werden. Das Fund Butter, das früher 1  $\text{M}$  kostete, kostet jetzt 15-18  $\text{M}$ . Die gleichen Preissteigerungen ziehen sich durch Industrie und Landwirtschaft. Der Lohnausgleich hat die Höhe der Feuerung noch nicht erreicht, sonst müßten wir höhere Löhne haben. (Sehr richtig.) Auch die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter müssen den heutigen Preisen angepaßt werden. Die Lebenshaltung ist in Baden gerade so teuer, wenn nicht teurer, als in Berlin, wie z. B. bei Eier. Jede Erhöhung der Lebensmittelpreise muß deshalb höhere Arbeiter- und Beamtenlöhne bringen. Bei Hindenburg und Ludendorff mußten wir uns für dieses Geld bekümmern. Heraus kommen wir nur durch Stabilisierung der Preise. Wenn die Preise nicht weiter erhöht werden, werden auch die Löhne zur Festigung kommen. Geht jedoch die Preissteigerung weiter, dann kommen die Leute zur Verzweiflung und keine Macht ist mehr imstande, den Sturm einzudämmen; denn Hunger tut weh. Deshalb sollten die Behörden der Scholle dem Volke das Opfer bringen und für eine Stabilität der Preise eintreten. An der Landwirtschaft liegt so die Rettung. Stellt sie den Hunger der Städte, dann erhöht sie die Arbeitsfreudigkeit. Durch Rationierung an einer planmäßigen Verteilung kommen wir zur Bewahrung unserer Lage. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Antrag der Abg. Marum (Soz.), Glöckner (Demokr.) und Wöckel (Ztr.) auf Schluß der Debatte über die Landwirtschaft wird angenommen.

Abg. Belscher (Dem.) begründet seinen Antrag auf Förderung der Milchviehzucht durch die Zuschusswirtschaft. — Abg. v. Gleichenstein (Ztr.) empfiehlt den Antrag der Kommission zu überweisen. Der Antrag Belscher wird der Kommission auf Erörterung. — Abg. Fischer-Lahr begründet seinen Antrag auf Errichtung von Ferkelaufzuchtstationen und Abg. Kullmann (Ztr.) äußert sich zur Auf- und Ferkelaufzucht, wogegen Regierungsrat Karawitsch erklärt, daß von nützlichen Versuchen abgesehen werden muß, was Abg. Fischer-Lahr (D.N.) beantragt, nochmals für gemischte Stationen einzutreten. Der Antrag der Kommission, den Antrag Fischer-Lahr durch die Bereitwilligkeit der Regierung auf Errichtung einzelner gemischter Stationen als erledigt zu erklären wird angenommen.

Abg. Belscher (Ztr.) befragt die Förderung des Rebbaues, wozu Regierungsrat Cronenberg bemerkt, daß dem Anbau von Amerikanertrauben das Rebbaugesetz entgegensteht. Abg. v. Gleichenstein (Ztr.) dankt der Regierung für die großzügige Errichtung eines Weinbauinstituts in Freiburg, womit sie sich in Gegenwart zur alten Regierung setzt, die für den Rebbaubau nichts übrig hatte.

Die Anträge auf Rechnungsvorlegung der Landwirtschaftskammer, auf Einhebung einer halben Million für Landwirtschaftsflugsche in nächsten Voranschlag, auf Verteilung der badischen Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln und Einsetzung eines Beschlusses dafür in den Etat werden einstimmig angenommen.

Abg. Belscher (Ztr.) meint, daß das Gesetz gegen die Preissteigerung vom Jahre 1915 ungünstig auf den Kleinhandel wirkte und würde mehr Bewegungsfreiheit für den Einzelhandel. Die Bitte soll nicht in ihrer Freundschaft für die Konsumvereine zu weit gehen.

Minister Kemmle stellt fest, daß die deutsche Genossenschaftsbewegung einen anderen Weg geht, als der Vorredner dargestellt hat. Wenn man das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen fördern will, wie kann man da den städtischen Genossenschaften Demungen in den Weg legen. (Sehr richtig.) Es ist nicht gut, hier einen Zwiepsalt zu schaffen. Regierung und Landtag haben allen Genossenschaften gegenüber eine gleich freundliche Haltung einzunehmen. — Abg. Freudenberg (Dem.) meint, daß jeder gesetzliche Eingriff in die Wirtschaft heute schädlich ist. Wenn die Geldkurve noch einige Wochen weiter geht, kann in Handel und Industrie die Zwangswirtschaft abgebaut werden. Wenn Abg. Schöpsle (D.N.) weißlich in einer Verammlung erklärte, daß 300 Juden 200 Milliarden verdienen haben, so ist das eine glatte Ironisierung (Abg. Marschall (Soz.): Es sind

Brauen.) Wenn eine Seidung da ist, müssen wir die Zwangswirtschaft energig abbauen. Wir müssen uns daran gewöhnen, dem Ausland Kredite einzuräumen, wenn wir konkurrenzfähig werden wollen; gleiches gilt auch fürs Inland, wenn wir uns erholen haben. Die Regierung soll in Berlin darauf hinwirken, die Verordnung über die Belastung des Exportes mit 8 Proz. die heute sinfällig ist, aufzuheben. Abg. Schöpsle (D.N.) erklärt, daß er in der Verammlung gesagt habe, daß 300 Männer die Geschichte Europas leiten und diese Männer seien sogar blutsverwandt. (Abg. Dr. Krauß (Soz.): Von Adam und Eva.) Dies ist meine Wichtigstellung. Dem Handel sollte wieder freier Lauf gelassen werden.

Abg. Wehner (Soz.):

Es sollte mich freuen, wenn diejenigen recht behalten, die die Gesundung unserer Wirtschaft propheszen. Man möchte es zugunsten des Zwischenhandels dem Preisamt unmöglich machen, festzustellen, wie viel der Zwischenhandel verdient hat. Nachdem der Handel die Gewinnkonjunktur ausnützte, muß er jetzt auch bei fallenden Preisen mit dem Schaden rechnen. Das Preisamt geht dem Schieber zum Schaden gewaltig nach. Man scheint heute alles bekämpfen zu wollen, was nach Gemeinwirtschaft aussieht, sonst könnte man nicht gegen die Konsumgenossenschaften losziehen. Wenn die Bevölkerung das Preisamt stärker unterstützen würde, könnte man die Schieber noch viel härter erfassen. Solange die Zwangswirtschaft aus der Not unserer Zeit heraus aufrecht erhalten bleiben muß, solange muß auch das Preisamt bestehen.

Abg. Belscher (Ztr.) stellt fest, daß er gegen das Preisamt keinelei Vorwürfe erhob.

Minister Kemmle stellt fest, daß der Aufwand des Preisamtes nur die Hälfte der Summe beträgt, die Abg. Freudenberg annahm. Je nach den Verhältnissen werden wir das Preisamt weiter abbauen. Wenn das Angebot die Nachfrage übersteigt wird, haben sich viele Aufgaben des Preisamtes auf. Wir gehen einer Zeit allgemeiner Kauf- und Verkauf entgegen; diese Zeit muß aber überwunden werden. Es ist nicht richtig, daß das Preisamt aus politischen Gründen errichtet wurde; wir müßten den damaligen hohen Preiströmungen hemmend entgegenzutreten. Die Stellung der landwirtschaftlichen Regierung zu den Abgabepremien war die, daß sie sich prinzipiell nicht verneinen lassen. Nur hätten sie 8 Monate früher gekonnt werden müssen. Nummer wird aber die Abänderung des Tarifs über die Devisengewinne nochmals beraten, da die veränderten Kursverhältnisse eine Korrektur verlangen, wie wir der Reichsregierung vorlegen.

Abg. Habermehl (D.N.) dankt dem Minister des Innern für seine Bemühungen um Herabsetzung der Exportprämien. Die Notlage der Industrie drängt die Industrie zur Gründung einer Gewerkschaft der Arbeitgeber. Der Unternehmer ist gerne und willig zur Mitarbeit bereit; aber er verlangt auch Entgegenkommen. — Abg. Freudenberg (Dem.) stellt fest, daß Abg. Schöpsle seine Aussage über seine Verammlungsrede nur bestätigte. Ich warne die Arbeiter immer und immer wieder Sturm zu laufen gegen das Unternehmertum. Wenn wir vorwärts kommen wollen, müssen wir wieder in die Weltwirtschaft hinein. — Abg. Deunwald (Dem.) weist auf die Schäden der Außenhandelsprämien hin.

Minister Kemmle stellt fest, daß in der Vergangenheit die deutsche Industrie ungeheure Exportprämien machte. Die Exportprämien sind nötig, um den finanziellen Zusammenbruch zu verhüten.

Abg. Kurz (Soz.) dankt bei Kapitel „Fleischversorgung“ für die Erhöhung der Gebühren der Fleischbeschauer. Das Fleischbeschauerorgan sollte den Fleischbeschauern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. — Regierungsrat Fesenbach teilt auf eine getrigge Anfrage des Abg. Krauß mit, daß die Schlachtviehablieferung sehr schlecht steht; statt 9027 Stück wurden nur 3352, also 38% des Soll abgeliefert. (Abg. Krauß (Soz.): Wo sind die anderen hingelommen?) Eine Ursache der Nichtablieferung liegt im Schwarzschlachten; weiter spielt die Maul- und Klauenseuche eine Rolle. Dann ist noch mitzuteilen, daß 160 000 Kilo Speck und 200 000 Kilo Schmalz angeliefert worden sind.

Minister Kemmle stellt gegenüber einer früheren Feststellung berichtend fest, daß es nicht richtig ist, daß seiner Zeit 300 000 Zentner nur 7752 Zentner Karottensäfte abfertigte. Das Fleischquantum war 7752 Zentner; diese wurden abgefertigt ab 3000 Zentner. Es sind jedoch nicht 8 Zentner, sondern etwa 1000 Zentner Karottensäfte abgefertigt worden. Hätte die Regierung dies rechtzeitig gewußt, dann wäre damals im Ministerium eine andere Entscheidung gefallen. Der Fehler hieran liegt am Kommunalverband Durloch, der auch die Hälfte der Kosten auf sich zu nehmen hat.

Verdichteter Abg. Dr. Schofer (Ztr.) freut sich, daß die Gemeinde Jöcklingen die Schuld nicht in dem Maße trifft als angenommen wurde. Die zweite Hälfte der Kosten sollte viel leicht auf allgemeine Mittel übernommen werden.

Minister Kemmle stellt fest, daß die Gesamtrente Jöcklingens 28 000 Zentner waren. Eine gewisse Strafe ist für Jöcklingen für schlechte Lieferung am Plake.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) akzeptiert die Erklärung des Ministers.

Zum Kapitel „Pflegeranstalten“ äußern sich Abg. Mutter-Karlsruhe (D.N.) und Abg. Wöckel (Ztr.), der ebenso wie die Abg. Frau Platanius (Dem.) bei dem Kapitel „Frauenvereine“ die Tätigkeit der Großherzogin Luise in sozialen und Frauenfragen hinweist, wobei Abg. Platanius (Dem.) für interkonfessionelle Frauenschulen eintritt, während Abg. Dr. Schofer (Ztr.) und Abg. Frau Siebert (Ztr.) auch hier den konfessionellen Standpunkt über den simulanten stellen.

Abg. Frau Blase (Soz.) begründet die förmliche Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion über die Zunahme der Tuberkulose unter den Kindern und wünscht Einstellung von Mitteln zur Unterbringung erkrankter Kinder in Genesungshäusern. Vor allem bewirkten Krieg, Unterernährung und Grippe eine Zunahme der Tuberkulose. Dazu wirken auch die fehlende Mutterpflege im Kriege und die Wohnungsnot schädigend. Staat und Reich müssen deshalb helfend eingreifen. Bei der Kinderfürsorge in Mannheim ergab sich eine Zahl von 5600 kranken Kindern, die einer Erholung bedürftig sind. Die Kosten hierfür würden 1 720 000  $\text{M}$  betragen. Wir wünschen deshalb, daß in Zukunft ein größerer Betrag zur Verfügung gestellt wird. Sorgen wir dafür, daß die anwachsende Generation der Gesundung entgegengeführt wird.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) weist darauf hin, daß die Frage beim Geschäftskreis des Arbeitsministeriums weiter behandelt wird.

Minister Kemmle teilt in Beantwortung der Anfrage mit, daß das Ministerium des Innern soweit die Frage dieses Ressorts berührt, die ursprünglich hierfür vorgesehenen 25 000  $\text{M}$  demnächst auf 100 000  $\text{M}$  erhöhen wird.

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern wird einstimmig genehmigt; desgleichen die Administrativkredite; die Rechnungsabteilung über die Kriegskredite wird nicht beanstandet.

Nächste Sitzung: Montag nachmittags 1/2 Uhr. Tagesordnung: Voranschlag des Justizministeriums und des Arbeitsministeriums. Schluß der Sitzung: 1.15 Uhr.

## Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

K. Karlsruhe, 14. Mai.

Der Verbandstag hat zwei arbeitsreiche Tage hinter sich. Die Sozialisierungsfrage hat er erledigt, er hat auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen besprochen und neue Richtlinien festgesetzt. Besonders lebhaft waren die beiden Tage auch insofern, als die Unterstiege der politischen Richtungen dabei gar nicht mehr so sehr in die Erscheinung traten. Gemäß schließt der eine oder andere Delegierte eine etwas schärfere Note an, doch geht die endlose Schär der Redner in den Grundzügen einig, wenn auch Bandler glaubte, die heutige Lohnpolitik könne die Arbeitererschaft nicht mehr retten, nur Einfluß auf die Preispolitik vermittelt der Räteorganisation sei Rettung, so folgte ihm das Gros der Delegierten darin nicht, weil es bedeutet, einen Wechsel auf die Zukunft auszuweisen, womit der halben Million Bauarbeiter aber in der Gegenwart nicht geholfen wird. Gemäß ist das Verhältnis ungleich, aber der Wundermann hat sich eben noch nicht gefunden, die Wirtschaft umzustürzen.

Heute wird der Verbandstag jedenfalls seine Arbeit beenden, vorher hat er noch ein schweres Stück Arbeit, er muß die Beiträge und Unterfrüngen regeln. Die Kommission hat dafür bereits eine Vorlage ausgearbeitet, wir berichten darüber im Zusammenhang.

Fünfter Verhandlungstag.

K. Karlsruhe, 12. Mai.

Heute beginnt die große Aussprache über die Sozialisierungsfrage, für die zwei Referate vorgelesen sind. Ellinger-Hamburg referiert über die schon gepflogenen Bestrebungen auf diesem Gebiet, während Stadtbaurat Wagner-Berlin sich besonders mit der Baustoffsozialisierung beschäftigt. Ellinger betont, daß die politische Macht ein wesentliches Stück Vorbedingung für die Sozialisierung ist; viel zu sehr hängt alles zusammen mit der Landwirtschaft, auf die wir nämlich nehmen müssen. Träger der von uns zu errichtenden sozialisierten Betriebe soll die Gemeinde, der Staat, die wirtschaftliche Organisation sein, also die Gesamtheit. Wir wollen nicht statt der Einzelkapitalisten etwa Hundert oder tausend andere Kapitalisten züchten, sondern die Gemeindefürsorge als Wehler einsetzen.

Ellinger schildert die verschiedenen Sozialisierungssysteme; entscheidend ist, wer den Mehrwert bekommt; aus diesem Grunde könne man sich vorläufig auch schon mit der einfachen Kommunalisierung begnügen. Seit 1919, wo wir unseren letzten Verbandstag abhielten, ist viel von uns vorgearbeitet worden. Die Regierung hat wenig getan, zu wenig, wenn man auch über das Tempo nicht allzu hoffnungsfreudig sein kann. Die Regierung hat noch nicht einmal einen Anfang gemacht, obgleich sich auf dem Baustoffmarkt geradezu ungeheuerliches abspielt. Sie sind um das 12fache gestiegen, die Löhne nur um das 5-fache.

Die heutige Produktionsweise ist nicht im Stande, die Wohnungsfrage zu lösen, das bringt nur die Sozialisierung. Der Vorschlag Dr. Kampffmeiers ist durchaus beachtenswert, leider



dat die Regierung weder die Kraft noch den Willen, etwas zu tun; auch die Gemeinden versagen. Nicht nur die Bauarbeiter, sondern die Gesamtheit hat ein Interesse daran, daß etwas und schnell geschieht. Wir wollen nun die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen und durch Schaffung eines Verbandes für sozialisierte Baubetriebe den Weg freilegen. Selbsthilfe müssen wir üben, dazu gehören freilich große Geldmittel, die wir beschaffen müssen. Reich, Staat und Gemeinde werden wir heranziehen müssen, wir wollen ihnen dafür z. B. die Vergarbeitswohnungen wohlfeiler bauen, wie es der Privatunternehmer kann. Ellinger bittet zum Schluß, den Vorstandsantrag anzunehmen, welcher besagt:

1. Der Vorstand ist befugt, einen Verband sozialisierter Baubetriebe zu gründen zu helfen und dazu 5 Millionen Mark aus der Verbandshauptkasse zu verwenden.
2. Der Vorstand ist befugt, daß die Bezirks- und Ortsvereine von sich aus Mittel ansammeln und innerhalb ihres Bereichs zur Förderung der Sozialisierung des Baugewerbes verwenden. Die Form der Geldsammlung (Beiträge oder verzinsbare Anteile) ist für den jeweiligen Verein im Einvernehmen mit dem Vorstand festzusetzen.

Stadtbaumeister Wagner als zweiter Referent weist darauf hin, daß die Gewerkschaften nicht mehr nur Lohn, sondern auch Produktionspolitik treiben müssen, das sei eine Einheitsfront, in die sich alle Richtungen stellen können, die Sozialismus wollen. Eingehend schildert Herr Wagner die Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung. Die Schieber feiern im Baustoffhandel geradezu Orgien, wie Medner nachweist. Wohlstand der Referenten macht jedes freie Handeln unmöglich. Dagegen hat der Militarismus stärkere Mittel angewendet, von ihm müssen wir für die Zukunft lernen.

Auch dieser Referent betont, daß die Wohnungsfrage eine Notfrage ist. Wir bekommen einfach die nötige Menge nicht. Vergarbeitswohnungen ist das erste Erfordernis, um die Rohstoffgewinnung zu steigern, wir mühten sofort als Bauarbeiter in Verhandlungen mit den Vergarbeitsbetriebern treten, um die Leistungen zu steigern. Dann aber aufpassen bei den Baustoffpreisen, die sich an der Not des Volkes bereichern. Die Sozialisierung der Baumataterialien muß die erste Aufgabe des neuen Verbandes für sozialisierte Baubetriebe sein. Mit dem Zement können wir sofort beginnen, er würde sofort um die Hälfte fallen, wenn wir die Produktion regeln.

Die weiteren Ausführungen betreffen praktische Hinweise wie seine Gedanken in die Praxis überzuführen sind. Der Referent legt eine in seinem Sinne gehaltene Resolution vor, die eine verantwortliche Reichsstelle schaffen will, sofortige Sozialisierung von Zement und Kalk fordert, ferner die Beschaffung von Baumataterialien, den Abbruch aller Gebände verbietet und die Regierung für die furchtbaren Folgen verantwortlich macht, wenn nichts geschieht.

Dem Vorstandstag liegt noch folgende Entschließung zur Sozialisierung des Baugewerbes vor:

Der Vorstandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von den Maßnahmen, die der Vorstandstag zur Förderung der Sozialisierung des Baugewerbes ergriffen hat. Er billigt diese Maßnahmen, bedauert aber, daß Reich, Länder und Gemeinden für die Sozialisierung des Baugewerbes bis jetzt fast nichts getan haben.

Der Vorstandstag begrüßt es, daß die baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter angesichts der Widerstände der entscheidenden Stellen in Reich, Ländern und Gemeinden gegen die Sozialisierung zur Selbsthilfe gezwungen und Genossenschaften und andere soziale Baubetriebe geschaffen haben.

Der Vorstandstag billigt die Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe durch die baugewerblichen Arbeiter- und Angestelltenverbände und sichert dem zu gründenden Verbande seine moralische und finanzielle Unterstützung zu.

Der Vorstandstag beauftragt den Vorstand, seine Bemühungen um die Sozialisierung des Baugewerbes fortzusetzen und dem nächsten Vorstandstage über seine Tätigkeit und Erfolge erneut Bericht zu erstatten.

Eine weitere Entschließung beschäftigt sich mit der Wohnungsfrage. Es folgt ein Korreferat von Sedert-Chemnitz über diese Frage.

Sedert-Chemnitz erhält doppelt Redezeit. Er tritt in seinen Ausführungen Ellinger und Dr. Wagner entgegen; er ist der Meinung, daß die sozialisierten Genossenschaften versagen müssen, weil sie die harten ökonomischen Tatsachen nicht überwinden können. Solange die Arbeiter nicht die politische Macht errungen haben, ist alles halbe Arbeit. Es gilt nicht, die Baubetriebe durch die Genossenschaften zu übernehmen, sondern die vorhandenen Baubetriebe zusammenzufassen, sie zu indizieren und durch die Arbeiter zu betreiben.

Es folgt dann eine längere Aussprache über diese drei Vorträge, die damit endete, daß die dargelegten Resolutionen angenommen wurden.

Am Nachmittag fällt die Sitzung aus wegen eines Spazierganges nach dem Turmberg.

**Sechster Verhandlungstag.**

**K. Karlsruhe, 13. Mai.**

Löpfer-Hamburg berichtet über die Lohnfragen über die Stellung zum Arbeitgeberbund. Er betont, daß seit einem Jahrzehnt das Verhältnis ungünstig besteht, das zum Reichstarif geführt hat. Nach und nach hat die Mehrheit eingesehen, daß der Reichstarifvertrag doch seine guten Seiten hat. Natürlich sind wir nicht unter allen Umständen für den Vertrag, er muß und gewisse Voraussetzungen erfüllen. Bei dem Abschluß, mit dem wir augenblicklich beschäftigt sind, geht es hart auf hart. Löpfer schildert im Einzelnen die Schwierigkeiten. Die Lebensfrage, die Akkordarbeit, Ferien und die Baustellenvertretung, Festschreibung der Arbeitszeit, das sind so ungefähr die Punkte, die den größten Streit entfachen. Die Ausführungen hierüber haben mehr vertraulichen Charakter, Löpfer gibt dabei Hinweise über die einzuschlagende Taktik, daß sich die Unternehmern mit den treuen neuen gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen auch erst vertraut machen müssen. Seine weiteren Ausführungen beschäftigen sich mit den Maßnahmen, die zum Betriebsratsgesetz geplant sind, die gleichfalls Schwierigkeiten bereiten. Die Akkordfrage hat heute ein anderes Gesicht, wie vor zehn Jahren, der Einfluß des Verbandes ist gestiegen, man kann den Akkord je gestalten, daß er nicht mehr schädlich wirkt. Zum mindesten dürfe man den Branchen, die in Akkord arbeiten, wie Kupfer, Stulleure, nicht durch einen Vereinsbeschluß den Akkord verbieten.

Raplow-Hamburg spricht dann über die Arbeitsgemeinschaften, denen er sympathisch gegenüber steht, sie haben im Baugewerbe zwar nicht viel genützt, aber auch nicht geschadet. Sie werden aber von den Reichsbehörden bei wichtigen Anlässen gehört, insofern haben sie doch einige Bedeutung. In Zukunft werden wir mit den Baugenossenschaften in engere Gemeinschaft kommen, erst wenn die Sozialisierung der Baubetriebe eine gewisse Reife erlangt hat, wird zu erwägen sein, ob wir die Arbeitsgemeinschaften lassen können.

Es folgt eine sehr lebhaft ausgeführte Rede. Die Medner nach Ferien ist allgemein. Die Opposition meint, daß mit den Lohnaufschlägen die gegenwärtige Lage nicht gebessert wird, sie wird der Entwertung des Geldes nicht gerecht. Wir müssen auf die Preisgestaltung einwirken, um die Kaufkraft des Geldes zu heben, das könne nur die Mitorganisation.

Der Reichstarifvertrag bedeutet Einstellung der Kraft auf den Schwächsten, er läßt die großen Orte in der Anwendung sozialer Mittel bei der Austragung der Kämpfe.

Die Debatte wurde beendet mit einem Schlußwort von

Löpfer und der Annahme einer Resolution, in der der Verbandstag seine Bereitwilligkeit bekundet, auch in Zukunft in ein Vertragsverhältnis mit den Unternehmern zu treten, wenn der Inhalt des Vertrages den berechtigten Wünschen und Forderungen der Bauarbeiter erfüllt.

Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Vertrages legt der Verbandstag in die Hände des Verbandsrates, der durch die Bezirke versichert wird.

Ein Antrag Hüttmann, der die Arbeitsgemeinschaften als unter den heutigen Verhältnissen schädigend verwirft, wird angenommen. Ein weiterer Antrag, der die Akkordarbeit verwirft, wird ebenfalls angenommen.

**Aus dem Lande.**

**Eine Protestversammlung der Lazarettinassen des Reserve-Lazarett in Ettlingen.**

Am verflorenen Dienstag abend veranstalteten die Lazarettinassen des Reserve-Lazarett in Ettlingen eine Protestversammlung, die sich in der Hauptsache gegen die schlechten Wohnungsverhältnisse, gegen ungerechte Verordnungen und die Auflösung der Lazarett richtete. Die Zahl der Teilnehmer, die mit Trommeln und Pfeifen durch die Stadt nach der Stadt, Festhalle zogen, war eine äußerst starke. Ungefähr 850 zum größten Teil Schwerverletzte waren versammelt; außerdem hatten die Lazarettinassen Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg, Dürheim, Konstanz und Heidelberg Vertreter entsandt. Auch nahm eine Anzahl Arbeiter an der Versammlung teil. Der Vorsitzende Kam. Bierig eröffnete die Versammlung mit der üblichen Begrüßung kurz nach 8 Uhr und gab bekannt, daß 7 Tagesordnungspunkte zu erledigen seien; nur 3 wurden aber verhandelt. Die Kriegsbefehlshaber seien hierher versammelt, ihr Recht zu fordern. Scharf kritisierte er, daß die Regierung trotz Einladung es nicht für notwendig gefunden habe, sich zu vernehmen zu lassen.

Zum 1. Punkt über die Wohnungsverhältnisse sprach Kamerad A. Hinger. Die Lazarettinassen befinden sich in größter Not, während die Koselazarettinassen, die Reichswehrangehörigen im Ueberflut leben könnten. Auch würden die Lazarettinassen die alten abgelegenen Lunden der Reichswehrsoldaten anzuziehen bekommen, während jene in Reichswehrkasernen würden. Medner verlangt unbedingte Gleichstellung der Lazarettinassen mit den Reichswehrsoldaten. — Als erster Disziplinierungsredner meldete sich Herr Bernhard Kruse-Karlsruhe zum Wort, der in gewohntem Hohenheim eine Wahrede für die U.S.B. hielt. Den Lazarettinassen sei bis jetzt nicht geholfen worden, sie mühten deshalb am 8. Juni der Regierung den „Dank“ auszusprechen. (Ob den Lazarettinassen durch die Abgabe des U.S.B.-Wahzettels geholfen ist, mag dahingestellt sein. Praktische Arbeit haben die U.S.B. auf diesem Gebiete nicht geleistet, und wenn die Kriegsinvaliden von den Pfaffen der Kruse und Konforten leben mühten, wären sie schon längst elendig zugrunde gegangen. D. V.)

Neber den Einzug der Sicherheitswehr in Reserve-Lazarett Ettlingen referierte Kam. Weismann. Die Lazarettinassen hätten gehört, daß der Bau 2 mit etwa 400 Mann Sicherheitswehr besetzt werden soll. Sie würden dagegen entschiedenen Protest einlegen. Man könnte ja das Reserve-Lazarett dadurch besser ausstatten, daß man von den ausfallenden Lazarettinassen Kranke hierher verlege. Auch damit wären sie einverstanden, wenn man den Bau 2 zu Arbeiterwohnungen herichten würde, da doch die Wohnungsverhältnisse hier so groß sei. Aber daß die Sicherheitswehr freikam, seien sie niemals einverstanden. Die Vertreter der übrigen Lazarett des Landes wenden sich auch gegen die Auflösung der Lazarett. Es kam Verträge mühten bekanntlich als Lazarett in Baden bis auf 6 geräumt sein.

Zum 3. Punkt „Verfügungen und Verordnungen“ sprach Kam. A. Hinger. Die erlassenen Verfügungen seien zum großen Teil drückend und ungerecht. Besonders hätte man die Befehlshaber alle Lazarettinassen getrieben sollen. Aus den vielen Verfügungen mit „Lohn“ und „Dank“ weiß man meistens nichts brauchbares zu deuten. Hierzu sprechen auch noch eine ganze Reihe Medner, u. a. auch der Kommunist Brandler. Seine Ausführungen bewegten sich gegenüber denen Kruses auf dem Boden der Sachlichkeit. Er gibt zu, daß die zerstörte Wirtschaft auch unter kommunistischer Herrschaft nicht von heute auf morgen gelöst werden könne. Große und mühselige Arbeit sei dazu notwendig. Er empfiehlt den Lazarettinassen, in Karlsruhe für ihre Sache zu demonstrieren; die Kommunisten würden dafür Sorge tragen, daß dort die gesamte Arbeiterkraft hinter den Demonstranten stehen würde. — Gen. Stöcker vertritt in seinen feinen einbreitenden Ausführungen, daß die sozialdemokratische Arbeiterkraft wie bisher so auch in Zukunft für die Schwerkrankenbestimmungen eintreten werde. — Recht interessante Ausführungen machte auch Dr. Haas-Dürheim. Die Kriegsbefehlshaber mögen nicht nur an ihre materielle Vorsehung denken, sondern auch an ihren gesundheitlichen Schicksal. Medner verbreitet sich noch über die Anwesenheitspflicht und sprach auch gegen die Auflösung der Lazarett.

Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die die Gleichstellung mit der Reichswehr in Bezug auf Wohnung usw. verlangt. Auch wurde in Aussicht genommen, in der nächsten Woche eine Demonstration in Karlsruhe und den übrigen Lazarettorten zu veranstalten, hauptsächlich auch als Protest dagegen, daß die Regierung auf der Versammlung in Ettlingen nicht anwesend sei. Man konnte sich über die weitere zu unternehmenden Schritte nur schwer einigen.

**Jugend und Sport.**

Arbeiter-Turnverein Ruppheim. Bei der letzten Woche stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, am 27. Juni ein Fest abzuhalten, verbunden mit turnerischen Aufführungen, Fußball und Gladiatoren. Wir bitten daher die umliegenden Arbeiter- und Sportvereine, an diesem Tage von einem feste Abstand zu nehmen, weil der noch junge Verein zur Verschönerung auch auf auswärtige Vereine angewiesen ist.

Die Spiele mit den Ungarnmannschaften sind nun vom R.C. Phönix endgültig abgeschlossen worden. Der Metall- und Eisenarbeiter-Sportverein Ludwigsburg wurde genannt, eröffnet den Reigen mit einem Spiel am Sonntag, den 16. Mai. Näheres siehe Inserate und Plakate.

Das Länderwettspiel Ungarn-Deutschland auf dem Rake des R.C. Phönix in endete zugunsten der Ungarn mit einem Resultat 0:1 (Halbzeit 0:0). Das letzte Spiel beider Mannschaften zeigte durch die flinken Ungarn interessante Momente. Vorher spielte R.C. Phönix gegen A.S. Phönix 2:1.

**Der deutsche Arbeiter-Annerkennungsbund, Gau Baden im Jahre 1919.**

Es geht vorwärts! Das ist das Kennwort, das wir über den Geschichts- und Rosenbergschreiben möchten, den die Gauleitung Baden des Deutschen Arbeiter-Annerkennungsbundes der am 16. Mai in Lage stattgefundenen 24. ordentlichen Gau-Generalversammlung vorlegt. Ein Aufschwung auf der ganzen Linie! Reich an Celebriitäten und an Arbeit war das verflorenen Geschäftsjahr, aber die Arbeit löschte sich. Die Erkenntnis bricht sich in der organisierten Arbeiterkraft immer mehr Bahn, daß der organisierte und klassenbewußte Arbeiter nichts zu suchen hat in den bürgerlichen Tisch-Misch-Vereinen, sondern daß sein Platz nur sein kann im Kreise seiner gleichgesinnten Arbeits-

und Klassen-genossen. Viele Tausende haben ja die Bedeutung auch dieser Frage für die Zukunft der Arbeiterbewegung und für die Verwirklichung des Sozialismus noch nicht begriffen. Gleichgültigkeit, alte Gewohnheit oder auch Feigheit hält sie im alten Fahrwasser noch zurück. Hier aufläutend zu wirken ist Hauptaufgabe der in der Arbeiterport- oder der Arbeiter-Annerkennungsbewegung tätigen Genossen. Und von dieser Aufklärungsarbeit war auch das ganze verflorenen Arbeitsjahr erfüllt. Der Erfolg blieb auch nicht aus. Jeder Bezirk hat nicht nur an Mitgliedern, sondern auch an Vereinen zugenommen. Als besonders erfreuliche Tatsache darf der Uebertritt einer ganzen Anzahl Vereine aus dem bürgerlichen Lager zum Arbeiter-Annerkennungsbund bezeichnet werden. Die Zunahme beträgt 17 Männerhöre, 5 gemischte Höre und 5 Frauenhöre mit zusammen 3136 aktiven und 2405 passiven Mitgliedern. Das ist ein Aufschwung, wie ihn der Gau nie seit seinem Bestehen zu verzeichnen hatte. Der Gau zählt jetzt insgesamt 116 Männerhören, 9 Frauenhören und 12 gemischten Hören mit 8071 aktiven und 10516 passiven Mitgliedern. Die Zunahme verteilt sich auf sämtliche 6 Bezirke.

Auch aus dem Massenbericht ist zu ersehen, daß es der Gauleitung gelungen ist, den finanziellen Verpflichtungen nachzukommen und noch ein kleiner Betrag für den weiteren Ausbau vorhanden ist. Leider konnten den Vereinen dieses Jahr die sonst üblichen Rücksichtskasse nicht zugeführt werden. Der Verband von Bedern war ein außerordentlich hoher und konnte auch da nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden. Dem Geschäfts- und Massenbericht der Gauleitung angehängt sind die Berichte derjenigen Bezirke, die ein anschauliches Bild von dem inneren Betrieb im Arbeiter-Annerkennungsbund, aber auch von der Größe der geleisteten Arbeit geben. Interessant ist den Berichten sind die Mitteilungen über die Verhandlungen mit den bürgerlichen Vereinen. In allen Bezirken wurde nach dieser Richtung hin sehr energisch gearbeitet, und meist mit Erfolg. Ein Teil der bürgerlichen Sänger, oder besser gesagt, wie es in einem Bericht heißt, der Arbeiter-Annerkennungsbund vereinen verhielt sich allerdings noch ablehnend; man hätte da allerlei Ausreden, Scheingründe usw. Aber die Bemühungen werden nicht nachlassen, das gegenwärtige Stadium wird den bürgerlichen Arbeiter-Annerkennungsbund nichts nützen, sie müssen eines Tages den Weg dahin finden, wo sie hingehören.

Groß und erfolgreich war auch die auf fünf Bezirken Gebiete geleistete Arbeit. Große Einzelaktionen, sowie Kongresse mehrerer Vereine zusammen oder einzelner Gruppen und Bezirke fanden statt, die durchweg den Arbeiter-Annerkennungsbund Anerkennung brachten. Mit Erfolg kann also die badische Arbeiter-Annerkennungsbund auf das verflorenen Arbeitsjahr zurückblicken; mit Stolz und froher Hoffnung. Möge der Gattung ebenfalls im Geiste dieses Aufschwungs und Fortschritts verlaufen, dann wird der Gau Baden auch fernerhin mit an erster Stelle des Deutschen Arbeiter-Annerkennungsbundes stehen.

Dem Bericht sind die bis jetzt eingegangenen Anträge zum Gattung beigefügt. Es wird da u. a. die Einführung einheitlicher Bundesflaggen und einheitlicher Aufnahmeprotokolle verlangt, des weiteren der Ausbau des Redner- und Zeitungsverlags der Bundesleitung. Ein Antrag verlangt den Beitritt des Bundes zum Arbeiterportartikel, den Ausbau der Arbeiter-Annerkennungsbundzeitung, die Beschaffung von mehr Liebern für Frauen- und gemischte Höre und schließlich wird beantragt, die Gauleitung möge mit den freien Gewerkschaftsstellern in Verbindung treten und in Form einer kleinen Prospektive Anleitung geben, damit jedem Arbeiter-Annerkennungsbund mehr Mitglieder zugeführt werden können.

**Aus der Stadt.**

**Karlsruhe, 14. Mai.**

Der planmäßige Rücktransport der Karlsruher Kriegs-Gefangenen beendet.

Nach einem Bericht der Geschäftsstelle der Kriegsgefangenenheimkehr Karlsruhe ist der planmäßige Rücktransport der Kriegsgefangenen nun beendet. Nach Karlsruhe sind 1380 Gefangene zurückgeführt. In französischer Hand befinden sich (noch lebend) 6 Karlsruher, 4 sind unterwegs von Bord Seins, 20 noch in russischer Gefangenschaft. Als vermißt wurden 79 gemeldet, die wohl nicht mehr zurückkehren werden. In wirtschaftlichen Bezirken wurden insgesamt für 1048 Feingekörte 201 197,50 Mark gewährt, 150 Anträge sind noch im Lauf. Eine zweite Begünstigungster ist für Mitte Juni anberaumt, wofür 400 Zurückgeführte vorgemerkt wurden.

21. Stiftungsfest der Turnerinnen-Abteilung der Freien Turnerschaft.

Nächsten Sonntag, 16. Mai, mittags 4 Uhr, begehrt im Saale des „Röhlen Krug“ die Turnerinnenabteilung der Freien Turnerschaft ihr 21. Stiftungsfest. Manche Schwierigkeiten hatte die Turnerinnenabteilung gegen eine falsche Voreingekommenheit dem Frauenturnen gegenüber in den 21 Jahren zu überwinden, aber sie hat ausgehalten und steht heute auf beachtenswerter turnerischer Höhe, was sie auch bei ihrem Stiftungsfest beweisen wird. Im Programm treten neben Musikvorträgen der „Darmstadt“ und Tenorsolisten von Herrn S. Lindemann vom Landestheater die turnerischen Aufführungen hervor, die von der Turnerinnen- und Frauenriege bekräftigt werden. Es sind da vorgesehen: Lebendes Bild, Frühlingsreigen, Warranturnen, Freilübungen der Frauenriege, Keulenschwingen, Warranturnen usw. Wer also einen vergnügten Sonntag nachmittags erleben und einem musterhaften Frauenturnen einige Stunden Aufmerksamkeit schenken will, der gehe am Sonntag mittags in den Röhlen Krug. Besonders wird ein zahlreicher Besuch der Arbeiter- und Beamtenschaft erwartet.

Das neue badische Wappen. Die aus Anlaß eines Preisausschreibens für ein neues badisches Wappen eingereichten Entwürfe sind am 15. Mai, und vom 17. bis 22. Mai täglich vorm. von 11-12 Uhr im Ausstellungslokal des General-Landesarchivs, Stadtpromenade, zur allgemeinen Besichtigung ausgestellt.

Sozialdem. Bürgerausschussfraktion. Montag abend half 6 Uhr im H. Rathausaal Fraktions-sitzung. Infolge wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Fraktionsgenossen erforderlich.

Sozialdemokr. Partei - Bezirk Weiertheim. Straßen-obleute! Heute abend können die Flugblätter bei Obmann R. Müller, Marie Alexandras, 22, abgeholt werden, um dieselben Samstag nachmittags auszutragen. Bitte, auch die Genossinnen und Genossen für unsere Bezirksversammlung am 20. Mai jetzt schon zu agitieren. Volksfreund-leser sind dazu freundlichst eingeladen. Arbeitsminister Genosse R. Hertz wird einen Vortrag halten. Näheres wird durch Handzettel bekannt gegeben.

Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder auf dem Gebirg. Die Bemühungen des badischen Arbeitsministeriums, Gelegenheit zur Unterbringung erholungsbedürftiger und unterernährter Stadtkinder auf dem Lande in möglichst großer Anzahl zu schaffen, haben nunmehr durch das Entgegenkommen des Reichsfinanzministeriums greifbare Gestalt angenommen, das



Die Bedeutung der Bewegung und nicht begriffen, sie hält sie im, sie wirken ist der Arbeiter-Aufklärungs-erfüllt. Der nicht nur an. Als be- einer ganzen am Arbeiter- beträgt 17. Frauen- Bau nie seit zählt jetzt ins- 12 gemischten gliedern. Die es der Gou- nungen nach- zurend Aus- des Jahr die Der Ber- hoher und zagen werden. leitung ange- anschaulich de, aber auch sistent in dem zungen mit den nach dieser mit Erfolg. gt, wie es in den werden da aller- werden den bürger- müssen eines

14. Mai. er Kriegs- ge- transport ber 1880 Ge- sich (noch ab. 20 nach 79 gemeldet, tschaftlichen e 201 197,50 Eine zweite wofür 400

ht im Saale. ung der e st. Manche gegen eine egenüber in gehalten und das sie auch am treten erfolglos von turnerischen und Frauen- endes Bild, Frauentriege, einen ver- nischen werten will. Besonders amantenschaft

in neues am 15. Mai, hr im Aus- enabende, zur abend half. Infolge stiongenof- traßen- ätter be- geholt wer- den. Bitte, Begleitber- olfsfreund- wird durch

dem Gew- nungs, Be- und unter- wesen Um- genkommen nmen, da-

durch, daß zu diesem Zwecke zunächst provisorisch für das Jahr 1920 der ehemalige Truppenübungsplatz Heuberg gegen eine geringe Entschädigung zur Verfügung gestellt wurde. Nach Ansicht der Sachverständigen eignet sich der Heuberg sowohl nach seiner klimatischen und Höhenlage wie auch durch die daselbst vorhandenen hygienischen Einrichtungen zur Unterbringung erholungsbedürftiger Stadtkinder ganz vorzüglich. Die Vorarbeiten für die Aufnahme der Kinder sind bereits im Gange. Die Häuser werden zurzeit einer gründlichen Reinigung unterm und geweiht, Gemüseland wird angelegt, das Reichsverpflegungsamt wird einen Teil der erforderlichen Nahrungsmittel liefern, zum Teil werden diese von der nächsten Nachbarschaft des Heuberges aufgebracht. Zur Sicherstellung der Brotversorgung wird eine eigene Bäckerei in Betrieb genommen werden; ein allen modernen Anforderungen genügendes Krankenhaus zur Unterbringung kranker Kinder ist vorhanden. Der Betrieb wird durch einen neuzugründenden Verein (s. B., dem die Stadt Karlsruhe mit einem im Vorausschlag vorzusehenden Jahresbeitrag von 2000 M beitreten wird, übernommen. Der Badische Staat hat weitgehende finanzielle Unterstützung des Unternehmens in Aussicht gestellt. Für Kinder von Eltern, die hierzu in der Lage sind, sollen die Kosten oder ein angemessener Kostenbeitrag angefordert werden.

Heute Bibliothekabend! Die umfangreiche Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins ist heute geöffnet. Die Bücherausgabe findet von 4 bis 4 1/2 Uhr in der Felsbühnenhandlung, Adlerstraße 16, statt. Benutzt fleißig die Bibliothek, denn: Wissen ist Macht!

Eine Nützlichkeit! Auf dem unbenutzten früheren Bahndörper entlang dem Veitheimer Wäldchen hat sich das Publikum, das zwischen Süd- und Südweststadt verkehrt, seit Jahren einen direkten Durchgang, etwa im Zuge der Südendstraße und des Biergartenweges gebahnt. Täglich verkehren auf diesem provisorischen Wege, der eine nicht unwesentliche Aufbesserung ermöglicht, Hunderte von Menschen, die ihrem Besuche nachgehen, Kinder, die zur Schule müssen. Vor einigen Tagen fanden nun die vielen Passanten den Weg abgeblockt, angeblich aus Rücksicht auf ein paar Kleingartenbenutzer. Hunderte von Menschen werden nun wegen der rührenden Rücksichtnahme gegenüber einigen Leuten rücksichtslos behandelt, sie müssen täglich einen Umweg machen und dazu im Sommer bei der Sonneneinstrahlung einen recht unangenehmen. Die zuständige Behörde, die solche unüberlegten Maßnahmen trifft, ist auf das Schärfste zu tadeln und es ist von ihr zu erwarten, daß sie den Fehler schleunigst in irgend einer Form wieder auf macht, sonst müßten wir ihr einen kräftigen Protest in Aussicht stellen.

Adelungische Volksschule. Heute Freitag, 14. d. M. abends 8 Uhr findet im großen Saal der Maschinenbauabteilung der Technischen Hochschule ein Vortrag des Herrn Prof. Dr. v. Reichenow statt mit dem Titel: Über den Mond und seine Oberfläche. Eintritt frei.

**Bekanntmachung.**

Für unsere Betriebsabteilung für Elektrizität werden zum baldigen Eintritt 8 Techniker, davon 2 Techniker als Abnahmebeamte und 1 Techniker als Revisionsbeamter gesucht. Verlangt wird abgeschlossene Fachausbildung und mindestens jährliche praktische Tätigkeit. Meldungen sind bis spätestens 26. Mai d. J. mit kurzgefaßtem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Gehaltsanprüchen, sowie mit Angabe des frühesten Eintrittstermins einzureichen. Karlsruhe, den 12. Mai 1920. 1269 Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

**Verkauf.**

Infolge baulicher Veränderungen in unserm Elektrizitätswerk haben wir abzugeben: 1 Kolbenmaschinen mit Ventilsteuerung, Fabrikat Kuhn in Stuttgart, für 9 Hm. Heberdruck, 91 Umdrehungen in der Minute, damit unmittelbar gekuppelt. 2 Drehstrom-Dynamos von je 550 K.W. Leistung bei 4000 Volt verstellbarer Spannung, Fabrikat der früheren Gesellschaft für elektrische Industrie Karlsruhe, und 6 Steinmüller Wasserröhren-Kessel von je 300 Quadratmeter Heizfläche mit Planrost-Feuerung samt Zubehör. Die genannten Einrichtungen sind gut erhalten. Angebote sind bis längstens 18. Mai 1920. Angebote sind bis längstens 18. Mai 1920. Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt. 1270

**Verkauf von amerikanischen Stiefeln.**

Die Städtische Bekleidungsstelle hat einen großen Vorrat an amerikanischen Stiefeln, die einen hohen Preis haben, aber sehr gut erhalten sind. Amerikanische braune Stiefel, neu beschliffen und mit neuen Absätzen versehen, gekauft, die auf dem Wege des Bestellerfahrens gemäß den vom Stadtrat erlassenen Richtlinien vom 26. d. M. zum Preise von 185 M. an Kinderbewerksamte abgegeben werden sollen. Die Stiefel können in der Verkaufsstelle der Städt. Bekleidungsstelle, Neue Stadt, Poststraße, Eingang Gartenstraße, Leichterstraße, wofolst auch die Bestellkarten in der Zeit vom 14. Mai bis 22. Mai auflegen (Geschäftszeit 8-12 Uhr und 2-5 Uhr nachm.). Die Stiefel sind nur in den Größen 39, 40, 41, 44 und 45 erhältlich. Bezugsberechtigt sind für diesen Posten Stiefel die Einkommensgruppe A und B. Bezugsrecht liefert werden diejenigen, die bei der letzten Verlosung amerikanischer Stiefel leer ausgingen. Werden mehr Stiefel bestellt als vorhanden sind, so findet eine Verlosung unter Kontrolle des Stadtrats statt. Karlsruhe, den 11. Mai 1920. Städtische Bekleidungsstelle Neue Städtische Ausstellungshalle Eingang Gartenstraße.

**Bekanntmachung über die Abgabe von Männerhemden**

Die Städtische Bekleidungsstelle bringt einen großen Posten Männerhemden im Preise von 36 bis 66 M. (mit und ohne Einsatz) gemäß den Bestimmungen des Stadtrats vom 26. April d. J. an die Kinderbewerksamten zur Verteilung. Die Hemden können in der Zeit vom 14. bis 22. Mai in unserer Verkaufsstelle befristet werden, wofolst auch Bestellkarten zur Einzeichnung auflegen.

**Das goldene Jubiläum der Firma Junker & Nuss**

wurde am Mittwoch nachmittag und abend im großen Festsaal durch einen Festakt mit anschließendem Festkommers und Tanz gefeiert. Es nahmen gegen 2000 Personen an derselben teil. Auch Vertreter der staatlichen und höchsten Behörden hatten sich zur Feier eingefunden. Das Festmahl des Saales war sehr feinst geschnitten mit Wein und Lorbeer, wobei das Glücksglücken der Firma, das vierblättrige Kleeblatt, sowie ein Transparent mit den Buchstaben J. N. hervorzuheben. In einer jedem Teilnehmer überreichten interessanten Festschrift ist die Geschichte der Firma veranschaulicht, aus der u. a. hervorgeht, daß dieselbe in den 50 Jahren 1 Million Nähmaschinen, 1/2 Million Oesen und 1 Million Gasapparate hergestellt hat.

Die Festschrift wurde mit einem stoff gezeichneten Marsch eröffnet, worauf ein aus Mitarbeitern der Firma zusammengesezier Männerchor „König den Tag“ zum Vortrag brachte, der, wie auch die folgenden Chöre unter B. Giffers Leitung als recht gute Leistungen zu bezeichnen sind.

Herr Prof. Dr. Satorr trug einen dem Fest angepaßten Prolog im Gewande eines am Abend lebenden Schiedes recht wirkungsvoll vor. Ein Jubiläumsganzbild, bei dem mehrere Damen in typischem Reigen einer Opferflamme huldigten, hinterließ einen guten Eindruck. Darauf hielt Herr Dr. G. Nuss, Leiter der Firma, die Begrüßungsansprache. Er verwies auf die Wohnhaft der Firma, bedeutungsvolle Beispielmittel derselben festlich zu begeben. Er gedachte sodann auch der 75 Gefallenen des Geschäftes, denen eine Ehrenliste aus Junker u. Nussreisen erichtet werden soll. Die Wohlthatereinigungen erfahren eine Erweiterung. Zum Schluß ermahnte er zur Einigkeit und Pflichterfüllung aller. Herr Prof. Dr. Paulke brachte als vierziger Rektor der hiesigen technischen Hochschule die Glückwünsche derselben dar und überreichte dem ehemaligen Rektor der Schule, Herrn Dr. G. Nuss, dem vor einiger Zeit die Würde eines Ehrenhofs verliehen wurde, die Ehrenurkunde. Er verwies dabei auf die Notwendigkeit tüchtiger Zusammenarbeit von Kopf- und Handarbeit. Im Namen der Stadtgemeinde überbrachte Oberbürgermeister Dr. Winter die Glückwünsche der Stadt und betonte, daß Karlsruhe stolz sein darf, ein solches Unternehmen von Weltzug zu beherbergen, dessen Entwicklung zeigt, daß nicht nur mit der Feder, sondern auch mit dem Hammer gearbeitet wurde. Herr Werkmeister G. Raßmann, ein Arbeiterveteran der Firma, erinnerte an das 25-jährige Fest und gedachte der Gefallenen. Mit einem Gläubigergelobnis schloß er seine Ausführungen und überreichte der Firma ein künstlerisches Geschenk.

Für die Arbeiterenschaft überbrachte Betriebsrat Dehler die Glückwünsche. Wenn die Entwicklung des Geschäftes so gut vor sich gegangen, so sei das auch auf die Zusammenarbeit von Arbeitern und Arbeitgebern zurückzuführen, je mehr diese erfolgt, desto mehr wird das Geschäft blühen und gedeihen und der Segen der Arbeit der Allgemeinheit zugute kommen. Er dankte sodann noch für die Spende von 80 000 M. in die Wohl-

fahrtskasse. Weiterhin sprach noch Obermeister Spachholz sowie nachher Vertreter der Regierung, der Handelskammer, der Firma Gaid u. Neu, sowie Herr Heinz vom Arbeiterverband, alle der Firma die Glückwünsche ihrer Auftraggeber überreichend. Eine Anzahl Arbeiter-Turner der Firma stellten prächtige effektvolle Pyramiden, die Herren Deutsch und Volk führten gute akrobatische Darbietungen vor. Damit hatte der überaus würdige Festakt sein Ende erreicht.

In der Pause wurden die Anwesenden mit einem Abendessen, sowie Zigarren erfreut.

Der Festkommers bestand aus Männerchören, Turnen am Red, Stabübungen, die tadellos klappten und schöne Leistungen zeigten, sowie einem recht netten Gauerntanz. Den Schluß bildeten Marchorgruppen, welche die Schmitze, Giecherei, Schlosserei, sowie Schmied- und Apotheke darstellten und als Klangleistung bezeichnend werden dürfen.

Ein Tanzvergnügen, bei dem das Jungvolk gewiß auf seine Rechnung kam, bildete den Schluß der würdig verlaufenen Festschicht.

**Valuta-Bericht vom 11. Mai.**

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 11.58 den Gs. Auszahlung Holland notierte etwa 17.75 M. per holl. Gulden, Schweiz notierte 8.65 M. per fr. Fr. Eng- land 186 M. per Pfund Sterling, Frankreich 3.25 M. per fr. Fr., Neu York 48.75 M. per Dollar.

Schrittlegung: Georg Schöpf, Verantwortlich: für Artikel, Politische Überfahrt und Letzte Nachrichten Hermann Rabel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtssetzung und Neulisten Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Sozialistische Genossenheitsbewegung, Jugend und Sport, Verkehrsfragen Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

**Wasserstand des Rheins.**

Schutterinsel 217, gest. 11; Reß 297, gest. 2; Magau 469 gest. 4; Mannheim 876, gest. 6 Zentimeter.

**Vereinsanzeiger.**

Arbeiter-Madfabrikbund „Solidarität“, Gau 22, Bezirk 5. Am Sonntag, 16. Mai, morgens 10 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ in Rastatt die Bezirkskonferenz statt, bei welcher sämtliche Vereine unbedingt vertreten sein müssen. Tagesordnung: 1. Bericht über den Verlauf der Arbeit. 2. Die Bezirksleitung. 3. (Sozialdem. Bürgerauschussfrage). Am Freitag, 14. Mai, punkt 7 Uhr abends, findet im Gasthaus „zum Schwanen“ Professionszusammenkunft statt, wozu sämtliche Professionsgenossen zu erscheinen haben. 3537 Der Vorstand.

**Zur Verlesung kommen die Einkommensgruppen A und B.**

Karlsruhe, den 11. Mai 1920. 1268 Städtische Bekleidungsstelle. Neue Städtische Ausstellungshalle Eingang Gartenstraße.

**Stickstoffdünger, Schwefel, Ammoniak**

wird solange Vorrat reicht in kleinen Mengen an die Kleingartenbesitzer und Landwirte der Vororte von Karlsruhe abgegeben durch die städt. Gutsverwaltung Karlsruhe-Ruppurr. Abgabezeit täglich von 8-12 Uhr nachmittags und 2-5 Uhr nachm. im Gutshof Ruppurr. 1271

**Durlacher Anzeigen.**

Freireligiöse Gemeinde Durlach.

Sonntag den 16. Mai, morgens 10 Uhr, im Saal des Gasthauses zur „Sonne“, Kronenstr.

**Sonntags-Feier „Selbsterlöbung“**

Predigerin: Ilse Alma Drews. 3589

**Lebensmittel-Verteilung.**

Am Freitag, den 14. Mai gelangen folgende Lebensmittel zur Ausgabe: Col. 1/2 Str. pr. Kopf 3. Preise von M. 4.75 Reis 1/2 Str. „ „ „ „ 4.50 p. Pf. Marmelade 1/2 „ „ „ „ 6.20 Schokolade 1/2 „ „ „ „ 0.50 p. Pf. Die Ausgabe erfolgt auf den Lebensmittelausweis. Durlach, den 11. Mai 1920. 1274 Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Fleisch-Ausgabe.**

Diese Woche erfolgt eine Ausgabe von Büchsenfleisch und Büchsenwurst in nachfolgender Reihenfolge und zwar bei den Messern: Brest, Bäcker, Wal, Wurr, Ed. Feler, Friedrich, Feler, Karl, Wrieß, Kaufmann, Alenert, Knecht, Büffel, Ernst, Büffel, Hermann und Stegloff. Samstag, den 15. Mai d. J. Vormittags von 8-12 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben L bis mit Z. Nachmittags von 2-6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben A bis mit K. Auf den Rohf der Beibehaltung werden 50 gr Büchsenfleisch und 50 gr Büchsenwurst ausgegeben. Anspruch auf eine bestimmte Sorte Wurst kann nicht gemacht werden. Durlach, den 14. Mai 1920. 1275 Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Krankenmehl.**

Der Kleinverkaufspreis für Krankenmehl wird auf 1 M. 40 Pf. für das Pfund festgesetzt. Durlach, den 12. Mai 1920. 1276 Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Die Städtische Sparkasse Durlach**

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstag 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 3078

**Durlach.**

Geschäftseröffnung u. Empfehlung

Der Hll. Einwohnerhaft von Durlach und Umgebung, sowie meiner werten Nachbarn, ist zu gefälliger Kenntnis, daß ich ab heute, Auerstraße 17, ein

Tabak-, Zigarren- u. Zigaretten-Spezial-Geschäft

eröffnet habe und bitte ich um wohlwollende Unterstützung. 3585 Hochachtungsvoll Otto Reichardt.

**Bruchsaler Anzeigen.**

Allgem. Driskrankenkasse Bruchsal

Bekanntmachung.

Alle bisher wegen einem Einkommen von über 5000 Mark pro Jahr von der Krankenversicherung befreiten und ausgeschlossenen Personen sind nach der neuen Verordnung vom 30. April 1920 (Reichsgesetzblatt S. 769) vom 10. Mai 1920 ab versicherungspflichtig, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst den Betrag von 15 000 Mark nicht übersteigt.

Gemäß der neuen Verordnung fordern wir daher die Arbeitgeber auf, die in Betracht kommenden Personen bis spätestens 18. Mai 1920 zu diesseitiger Kasse zu melden, bei der auch in Zweifelsfällen jede gewünschte Auskunft erteilt wird.

Die frühere Verordnung vom 1. April 1920, wonach diese Versicherungsgrenze mit Wirkung vom 26. April 1920 auf 20 000 Mark festgelegt war, ist damit aufgehoben und rechtsunwirksam.

Bruchsal, den 11. Mai 1920. 3586 Der Kassenvorstand. F. Holzsch. Schäfer.

**Städtischer Verkauf.**

Kunstseife, das am Mittwoch, den 12. ds. Ms. bei den Messern und dem Konsumverein nicht abgeholt wurde, kann am Samstag, den 15. Mai ds. J. noch in Empfang genommen werden.

Margarine am Samstag, den 22. Mai ds. J. bei allen Messern und dem Konsumverein auf die abgegebene Fettmarke 2 je 125 Gramm zu 2.20 M.

Amerikanischer Speck am Mittwoch, den 19. ds. Ms. bei allen Messern und dem Konsumverein gegen 4/10 Anteile der Fleischmarken der zweiten Woche je 125 Gramm zu 1.70 M.

Geräucherter Schweinefleisch am Samstag, den 22. Mai ds. J. bei allen Messern gegen 6/10 Anteile der Fleischmarken der zweiten Woche je 125 Gramm zu 1.70 M.

Englische Heereskonferven (markenfrei) am Samstag, den 15. Mai ds. J. bei Wurf- termeister Tröfeler, die Dose zu 7.50 M.

Butter für Kranke, werdende und stillende Mütter sowie für die laufende Woche noch nicht beliefert, am Samstag, den 25. ds. Ms. bei Gärner, Ede Stadtgraben- und Erbstraße, 125 Gramm zu 2.50 M.

Eier für Kranke, werdende und stillende Mütter bei Gärner, das Stück zu 85 S.

Fleisch für Kranke am Samstag, den 15. ds. Ms. bei Gärner, die Dose zu 4.- M.

Ausländische Eier bei Knecht, Ede Durlacher- und Ritterstraße, markenfrei, das Stück zu 1.95 M.

Kondensmilch bei den Milchausgabestellen in der Zeit vom 17. bis einschl. 22. Mai ds. J. gegen die Marke 188 eine Dose zu 7.80 M.

Zucker bei den Apotheken u. Drogerien gegen die Marke 137 ein Briefchen zu 60 S.

Bei den Kolonialwarenhandlern und dem Konsumverein gelangen zur Ausgabe am Mittwoch, den 19. Mai ds. J.:

Kristallzucker gegen die Zudermarken 1 und 2 je 850, zusammen 700 Gramm, das Pfund zu 1.85 M.

Am Freitag, den 21. ds. Ms.:

Bohnen, Erbsen und Linsen und zwar gegen die Marke 181 je 1/2 Pfund Bohnen u. Erbsen, das Pfund zu 3.80 M. und 1/4 Pfund Linsen, das Pfund zu 5.- M.

Gersten-Grauben gegen die Marke 182 je 1/4 das Pfund zu 71 S.

Gerstentrocken gegen die Marke 183 je 1/4 Pfund das Pfund zu 4.80 M.

Feigwaren gegen die Marke 184 je 1/4 Pfund, das Pfund zu 2.- M.

Marmelade gegen die Marke 185 je 1/4 Pfund das Pfund zu 3.70 M.

Speiseöl gegen die Marke 186 je 1/8 Liter zu 2.50 M.

Kerzen gegen die Ausweisorte ein Stück zu 1.10 M.

Kartoffeln. In der Städt. Obst- und Gemüse- halle (Bauhof) gegen die Kartoffelmarken 3 und 4 je 5 Pfund, das Pfund zu 35 S. und zwar:

Montag, den 17. Mai ds. J. an A bis E, Dienstag, 18. Mai, d. J. an F bis H, Mittwoch, 19. Mai, d. J. an J bis L, Donnerstag, 20. Mai, d. J. an M bis R und Sch.

Freitag, 21. Mai, d. J. an S bis Z, ausschließlich Sch.

Bruchsal, den 14. Mai 1920. 3587 Die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Bruchsal-Stadt.

**Baden-Baden.**

**Arbeitsamt (Bezirksarbeitsnachweis).**

Männliche Abteilung:

Stellen finden: Möbelreiner, Polierer, Herrenschneider, Damen Schneider, Holzschläger, Stein- typist.

Stellen suchen: Kraftfahrer, Bauhelfer, Maschinenführer, Elektromonteur, Friseur, Kauf- leute, Kellner, Köche, Konditor.

Weibliche Abteilung:

Köchinnen, Be- und Kaffeeköchinnen, herfette Zimmermädchen, Weißzeugbeschleckerinnen und Weiß- zeugmädchen, Küchenmädchen und Wäscherinnen in Hotels, Zimmer- und Kleidermädchen in Privat für hier und auswärts. Wäsche, Putz- und Stunden- frauen.

Ferner sind bei uns gemeldet: Lehrstellen für Bäcker, Bildhauer, Friseur, Kauf- leute, Gärtner, Maler, Orthopädenmediziner, Schlosser, Sattler, Polierer und Dekorateur, Schmied, Wurf- ler

Schreibstellen suchen: Bäcker, Elektromonteur, Friseur, Gärtner, Kauf- leute, Kellner, Köche, Konditor, Koffer, Maschinen- schloffer, Bauhelfer, Schneider, Schreiner, Schuh- macher, Uhrmacher. 3578

Kugelliedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeits- nachweis für Kriegsbeschädigte und Bagarettfabriken



Deutscher Holzarbeiter - Verband  
Zahlstelle Karlsruhe.

Für Montag, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr  
falls gleich nach Geschäftsbeginn, findet im Colosseum,  
Saal III, Waldstraße 16/18, eine

Holzarbeiter-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1920.  
2. Bericht über die Verhandlungen des Ver-  
bandstages.  
3. Tariffragen.  
Wir ersuchen um zahlreichen Besuch.  
Die Ortsverwaltung.

Freie Turnerschaft Karlsruhe  
e. V.

Sonntag, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr,  
im Saale des „Kühnen Kruges“

21. Stiftungs-Fest  
der Turnerinnen-Abteilung

unter Mitwirkung von Hermann Lindemann (Tenor)  
vom Bad. Landes-Theater und des Musikvereins  
„Harmonie“.

Nach Schluss des Programms Ball.

Eintritt mit Programm Nr. 150. — Vorverkauf:  
Einfahrt zum „Georg-Friedrich“, Stadtbad zum  
„Auerhahn“, Wühlburg zum „Storch“.

Achtung!

Internationaler Bund der Kriegs-  
Befähigten, -Teilnehmer und  
-Hinterbliebenen.

Sonntag, den 15. Mai, punkt 8 Uhr, hält  
im Restaurant „Zum Elefanten“, Kaiserstraße 42  
Ramonab N. H. e. ein

Öffentlichen Vortrag  
über das Schicksal einer Kriegswitwe

Kriegsbefähigte, Kriegsteilnehmer und Hinter-  
bliebenen erscheint in Massen! Eintritt frei.

Der Vorstand. 3592

Zentral-Verband der Angestellten.

Sonntag, den 16. Mai,

Musflug  
nach Berghausen.

Zusammenkunft dort in der „Krone“ mit den Forst-  
heimern Kollegen. Abmarsch 1/3 Uhr an der End-  
station der Elektrischen Straßenbahn in Durlach.

Am zahlreiche Beteiligung ersucht. 3594  
Der Vorstand.

2 gut abgerichtete

Polizeihunde

(Wolf, Airedale oder Dobermann)  
Sofort zu kaufen gesucht. Nur absolut sichere  
und scharfe Hunde für den Verhörsdienst.  
Verkauf wird verlangt. Angebote mit  
Preisangabe unter Nr. 3586 an das „Volks-  
freund-Büro“ erbeten.

Fränkuch & Co.  
Schweizer  
Zwieback

per Kilo 4.25  
Markt

Schokoladen  
-Tunke

Frühstück-  
Getränk  
ca. 1/2 Liter  
ca. 1/2 Liter  
ca. 1/2 Liter

Radolf-Hater-  
Kakao

Das 1/2 Liter-Paket  
5.80

Wäsche

aller Art auch Stroh-Wäsche  
wird zum Waschen und  
Bügeln angenommen.  
Göthestraße 31, 3. Stod.

Anzüge

Herren- und Damen-  
Anzüge, ein- und  
zwei-reihig, in  
Schwarz, Dunkelblau  
und sonstigen  
abgegeben.  
Eisenstraße 32, 2. St.  
Kreidstr. 35/36

Damen-  
Schuhe

(Größe 39) für 100 RM. zu  
verkaufen.  
Morgenstr. 51, part.

Schmucksachen

werden stets angekauft in  
Weintraubs  
An- und Verkaufsgeschäft  
Kronenstr. 52, Tel. 3747

Cumpen  
Papier  
Felle

Wohlfahrt, Metalle, Eisen,  
Keller- und Speicherkorn  
kauft: Feuerstein,  
Kronenstr. 26, Tel. 3481  
für Händler Vorzugspr.

Meh. Tintelott Karlsruhe  
Rasiermesser-Hohlschleiferei  
mit elektr. Betrieb  
Sollager Stahlwaren.



Neu eröffnet!

Buchhandlung der „Badischen Landes-Zeitung“  
Karlsruhe

Ecke Kaiser- und Douglas-Str. (neben der Hauptpost)  
Fernsprecher Nr. 4821

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Karlsruhe und Um-  
gebung teilen wir hierdurch mit, daß wir mit dem heutigen  
Tage unter obiger Firma eine

Buch-, Papier- und Schreibwaren-Handlung

eröffnet haben. Ein reichhaltiges Lager von Werken auf  
allen Wissensgebieten wird uns in die Lage versetzen,  
allen Ansprüchen gerecht zu werden. Klassiker, Romane,  
Jugendchriften, Kunst-, wissenschaftliche und technische  
Werke führen wir in großer, sorgfältig getroffener Auswahl.  
Nichtverrätliches wird schnellstens besorgt. Von literarischen  
Neuerscheinungen unterhalten wir eine ständige Ausstellung.  
In unserer Papier- und Schreibwarenhandlung unterhalten  
wir eine große Auswahl feiner offener Luxuspapiere und  
Kassetten sowie sämtliche im Privat- und Bürobedarf  
nötigen Schreibwaren. Aufmerksame, fachkundige  
Bedienung sichern wir zu. Wir bitten um  
wohlwollende Unterstützung.

Buchhandlung der „Badischen Landes-Zeitung“



Städt. Fischhalle  
in Sallenwäldchen.

Seefische ausverkauft.

Nächster Verkauf voraussichtlich  
kommenden Dienstag, 12/73

Nahrungsmittelamt der Stadt  
Karlsruhe.

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

12/73

A.F.C. PHÖNIX  
PHÖNIX - ALEMANNIA

Übungen  
wie gewöhnlich.

Sonntag, 16. Mai  
nachmittags 3 1/2 Uhr:

VASAS  
I  
PHÖNIX

Abends geselliges Be-  
sammensein im Lokal.  
Mittwoch Vorstands-  
Sitzung, 3590

Karlsruher  
Fußball-Verein.  
e. V.

Schirmherr:  
Prinz Max v. Baden.

Geschäftsstelle:  
Zirkel 29, Tel. 1193.

Freitag, 14. Mai  
Komb. Mannschaft  
gegen Hochschule  
6 Uhr nachm.  
im Fasanengarten.

Sonntag, 16. Mai  
10 Uhr vorm.  
Teilnahme am  
Staffel-Lauf  
des Karlsruher  
Rasensport-Ver-  
bandes.

8 Uhr vorm. Treff-  
punkt U. Umkleide-  
gelegenheit für die  
Teilnehmer in der  
Geschäftsstelle  
(Zirkel 29).

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

4 Mannschaften in  
Ploetz 3591  
bei Maximiliansau.

Phorosan-Heilanstalt  
für Haut- u. Geschlechtskranke

Karlsruhe, Kaiserstraße 91, 3. St.  
Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe  
nach dem neuen Phorosan-Verfahren.  
Heilung — ohne Berufsstörung — in  
kürzester Zeit möglich. Syphilisbehand-  
lung, Blutuntersuchungen, Behandlung  
sämtlicher Hauterkrankungen.  
Ärztliche Leitung Dr. med. v. Asten.  
Getrennte Wartezimmer.  
Sprechstunden: Werktags: 1/211—1/160,  
Dienstags keine Sprechstunde.  
Sonntags 10—1 Uhr.

Vorauszahlungen auf das  
Reichsnotopfer.

Neben den Reichsanstalten, die schon bis  
her bare Vorauszahlungen auf das Reichsnot-  
opfer entgegengenommen haben, sind jetzt auch  
die Finanzämter und Hauptsteuerämter, in den  
fünf großen Städten Freiburg, Heidelberg,  
Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim an deren  
Stelle die Steuereinnahmestellen, zur Annahme  
solcher Zahlungen ermächtigt worden. Für  
bare Vorauszahlungen — als solche gelten auch  
Zahlungen durch Banküberweisungen und  
Schecks —, die bis zum 30. Juni 1920 geleistet  
werden, wird keine Vergütung von 8 vom Hun-  
dert, für solche, die nach diesem Tage, aber noch  
bis zum 31. Dezember 1920 geleistet werden,  
eine Vergütung von 4 vom Hundert des zu zah-  
renden Abgabebetrags gewährt. Nähere Aus-  
kunft geben die oben erwähnten Ämter.  
Karlsruhe, den 12. Mai 1920. 1273  
Finanzamt — Hauptsteueramt.

Pferdeoffnung in Brandfäden.

Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf  
§ 7 Ziffer 6 der Feuerlöschordnung für die Stadt  
Karlsruhe hierdurch aufgefordert, im Falle eines  
Feueralarms ihre zur Verfügung stehenden Pferde  
nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden.  
Für die Dauer der Hilfeleistung wird die ord-  
nungsgemäße Vergütung gewährt. Außerdem werden  
für die am schnellsten an den Feuerhäusern ein-  
treffenden Pferde besondere Prämien bezahlt.  
Diese betragen:

Table with 2 columns: Description of horse and Prämie (Prize) in RM.

Es werden benötigt:  
am Feuerhaus Zirkel 6 . . . 5 Paar Pferde  
Hebelstraße 5 . . . 5 Paar Pferde  
Leopoldstraße 2 . . . 2 Paar Pferde  
Rebentischstraße 2 . . . 2 Paar Pferde  
Wühlburgerstraße 3 . . . 3 Paar Pferde

Die Pferdebesitzer machen sich durch Nichtbeho-  
lung dieser Aufforderung nach § 114 Ziffer 4 des  
Bad. Polizey-Strafgesetzes und der §§ 360<sup>a</sup> und 368  
Ziffer 3 des Reichsstrafgesetzes strafbar.  
Karlsruhe, im März 1919.  
Der Stadtrat.

Reinigung der Wasserrohrstränge.

Vom Montag, den 10. Mai, bis auf weiteres  
wird die mechanische Reinigung der Wasserrohrstränge  
in den Straßen beim neuen Schloß sowie im  
Gießhofgebiet, jenseits Rabellen, Kaiser, Karl  
Friedrichs- und Kriegstraße, sowohl tagsüber, wie auch  
nachts vorgenommen.  
Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich  
Erhebungen des Wassers auch in entfernteren Rohr-  
leitungen nicht vermeiden; zeitweiliges Ausbleiben  
des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stock-  
werken, ist nicht ausgeschlossen. 1238  
Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Eintrachtsaal - Karlsruhe.  
Heute, Freitag, den 14. Mai  
abends 7 1/2 Uhr

Klavier-Trio - Abend

Kapellmeister Konzertmeister  
Dr. Hans Rohr Jos. Peischer  
Kammer-Virtuose  
Paul Trautvetter. 8566

Karten zu Mk. 8.20, 5.80, 4.80, 2.80 in  
der Musikalienhandlung Fritz Müller,  
Kaiserstr., Ecke Waldstr. Telefon 388.  
Studierende Preisermäßigung.

Kaufe!

zu höchsten Preisen  
Kleider, Uniformen,  
Wäsche, Schuhe und  
Betten. Zu schriftl. erb. an  
S. Agelrad  
Eisenstr. 32. 3597

Weisser Fluss  
Regel

heilt sicher  
Robert Schneider,  
Verleger der Naturheilkunde  
Anatomisch-physio-  
logisch gebildet  
Berater der Naturheilvereine  
Karlsruhe, Pforzheim u. Umgegend  
Karlsruhe  
Tel. 1741, Kaiserstr. 40.  
(21 Jahre hier am  
Platze.) 3284

Zwischen  
Masch.-Garn

1000 Rütchen N. 250 frei  
100 Rollen N. 230 frei.  
Verkaufhaus „Moths“,  
Seelstraße 8. 3581

Verloren.

Am Himmelfahrtstage  
ging mir auf dem Wege  
von der Hedwigswiese  
über Böttcher- und Gieß-  
hofe nach Erlingen meine  
Reisetasche mit 60—70 RM.  
Geldscheinen und Partei-  
buch sowie Invalidentarte  
verloren. Der ehrliche Fin-  
der wird gebeten, dieselbe  
gegen gute Belohnung in  
der Geschäftsstelle des  
„Volksfreund“ abzugeben.

Verloren.

Am Himmelfahrtstage  
ging mir auf dem Wege  
von der Hedwigswiese  
über Böttcher- und Gieß-  
hofe nach Erlingen meine  
Reisetasche mit 60—70 RM.  
Geldscheinen und Partei-  
buch sowie Invalidentarte  
verloren. Der ehrliche Fin-  
der wird gebeten, dieselbe  
gegen gute Belohnung in  
der Geschäftsstelle des  
„Volksfreund“ abzugeben.

Zwischen  
Masch.-Garn

1000 Rütchen N. 250 frei  
100 Rollen N. 230 frei.  
Verkaufhaus „Moths“,  
Seelstraße 8. 3581

Verloren.

Am Himmelfahrtstage  
ging mir auf dem Wege  
von der Hedwigswiese  
über Böttcher- und Gieß-  
hofe nach Erlingen meine  
Reisetasche mit 60—70 RM.  
Geldscheinen und Partei-  
buch sowie Invalidentarte  
verloren. Der ehrliche Fin-  
der wird gebeten, dieselbe  
gegen gute Belohnung in  
der Geschäftsstelle des  
„Volksfreund“ abzugeben.

Am Himmelfahrtstage  
ging mir auf dem Wege  
von der Hedwigswiese  
über Böttcher- und Gieß-  
hofe nach Erlingen meine  
Reisetasche mit 60—70 RM.  
Geldscheinen und Partei-  
buch sowie Invalidentarte  
verloren. Der ehrliche Fin-  
der wird gebeten, dieselbe  
gegen gute Belohnung in  
der Geschäftsstelle des  
„Volksfreund“ abzugeben.

VORTEILHAFT KAUFEN SIE  
STÖCKE, SCHIRME  
UND PFEIFEN

BEIM FACHMANN  
FRANZ DORNHEIM  
DRECHSLERMEISTER, SCHÜTZENSTR. 38  
ERSTKLASSIGE REPARATURWERKSTÄTTE

Aushilfskellnerinnen

sucht 972  
Städt. Arbeitsamt  
Fachabteilung für das Hotel- u. Wirts-  
gewerbe  
Jährgangserf. 98, Erdgesch. 972  
Sonntags geöffnet von 10 bis 12 Uhr.

Wasch-Anstalt - Einrichtung

mit Waschmaschinen, Komplet,  
sofort zu verkaufen. 3526  
K. Saffir, Luisenstraße 50, 3. Stod.

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“!